

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dresden
Robert & Comp., Nr. 1268

organ für das werktätige Volk

Banffanz: Sdah. Sonnabend, Dresden,
Bau der Schule, Angestellte
und Beamte, A.-G., Dresden.
Gebrüder Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintrag von Güternen handelslicher Art ist es auch ohne Einfluss höherer Gerichte, bei der Redaktion der Dresdner Volkszeitung keinen Anpruch auf Rücksichtnahme des Beauftragten aber auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezirkssprecher einschließlich Kreisgerichte mit der übrigen Unter-
haltungsredaktion: Robert, Willi, Kästel, unter dem Titel "Vor und Seit".
Telegramm: Adress: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Zeitungsredaktion, Dienstredaktion Nr. 25/26. Sonder-
ausgabe nur wöchentlich von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Zeitungsredaktion Nr. 25/26 und 25/27.
Geldabnahmestelle vom Freitag 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Mitgliedspreise: Grundpreise: die 30 mm breite Normopreise
sowie 50 Pf. die 30 mm breite Normopreise 200 Pf. für auswärts
Ankündigung 50 Pf. und 250 Pf. Familieneinzelgen. Stellen- und Wiss-
schaftliche 40 Pf. Rabatt für Weihnachtsausgabe 10 Pf.

Nr. 159

Dresden, Dienstag den 10. Juli 1928

39. Jahrg.

An die Partei!

Rüstet den Tag! - 1878/1928

Am 21. Oktober des Jahres 1878 trat das „Gesetz gegen die gemeinschaftlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft.

50 Jahre sind seitdem ins Land gegangen! 50 Jahre historischen Geschehens treten in den Kreis der Erinnerung.

Am 21. Oktober 1878 wurde die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse Deutschlands durch ein Ausnahmegesetz schimpflichster Art außerhalb des allgemeinen Rechts gestellt und brutalster Polizeiwillkür, schmählichstem Spott und ausgelöscht. Was die Polizei durch blindmütiges Verboten von Zeitungen, Vereinen, Gewerkschaften vorbereitete, was ein verlogenes Lockspulatum förderte, wurde später von der Justiz durch vom Klassenhass dictierte unglaubliche Strafurteile vervollständigt.

Eine Art von Erinnerungen taucht aus der Zeit vor 50 Jahren empor. Wie sah es damals in der Arbeiterbewegung aus?

Die Organisationen waren zerstört, die Kassen leer, die tiefsten Genossen ausgewiesen, die Parteivorgänge verboten, jenseits halbwärtige Genosse auf Schritt und Tritt von Zwischen verfolgt. Die Ausweitung, die in Frankfurt a. M. die Höhe der Bewegung am Weihnachtstag eingebunden, den „Tag der Menschenliebe“, traf, kennzeichnet unauslöschlich den Westen jener Zeit, in der das Parteileben gelähmt und die Agitationsfähigkeit der Partei zerschlagen schien.

„Viel aber rückt sie sich wieder empor. Mutige Entschlossenheit, getragen von einer Opferwilligkeit unvergleichbar, fand die Mittel und Wege, die Agitation und Propaganda für die Partei in intensiver Weise als je zuvor, trotz Sozialistengesetz, zu betreiben.“

Weit über 1000 Parteigenossen wurden durch die Verbannung des kleinen Belagerungszustandes von Weiß und Rind gerissen, existenzlos gemacht und in die Verbannung getrieben.

1299 Zeitungen und sonstige Druckschriften sind verboten worden.

332 Gewerkschaften, Unterstützungs-, Gefang-, Turn-, Vergnügungs- und politische Vereine wurden aufgelöst und anfangs und Ende Strafhaft und Untersuchungshaft über die Arbeiter Deutschlands verhängt, um den Radikalismus der Bourgeoisie an der mächtig vorstossenden Arbeiterklasse Besiedigung zu geben.

Mit allen Mitteln suchte man die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie abwendig zu machen: neben die Peitsche des Sozialistengesetzes das Brot der Versprechungen sozialer Reformen.

Aber in unerschütterlicher Treue hielt die deutsche Arbeiterchaft an der Sozialdemokratie fest. Dank gebührt jenen Kämpfern, die die Wunden des Kampfes zu tragen hatten. Sie sind die Sieger geblieben. Sie stehen hoch und triumphierend über den Tagen, die sie geheißen, gequält und geschlagen wurden. Ihr Werk ist zu imponierender Größe gediehen. Das Sozialistengesetz. Die Sozialdemokratie triumphierte.

„Glaubt an den Sieg und ihr werdet siegen!“ Naum ein geschickliches Ereignis lehrt so eindeutig die Macht der Überzeugung wie das deutsche Sozialistengesetz. Die damals einer übermächtigen Welt von Feinden zum Trotz der sozialistischen Idee den Weg bahnten, haben es erlebt, wie aus den kleinen verfolgten Schar die starke Partei wurde, aus deren Überwindung niemand mehr rechnen konnte. Die Tausende, die unter dem Joch des Sozialistengesetzes rangen, die Weltbekannte wie die Namenlosen, leben heute noch in ihrem Werk, in der Größe und Macht der sozialistischen Bewegung.

In Bismarck, dem Mann von Blut und Eisen, der die Sozialdemokratie in Blut ertränken wollte, sah der Drache dahin, bewußt von dem jungfrischen Riesen Proletariat. Nun erstanden die Organisationen der Partei, der Gewerkschaften: das Genossenschaftswesen blühte empor. Die sozialdemokratische Presse wurde zu einer Macht, die der täglichen Brunnenvergiftung der kapitalistischen Presse mit Erfolg entgegentrat. Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, der

Arbeiter-Sängerbund, die Volksbühnenbewegung und andere im Sozialistischen Kulturbund betätigende Organisationen störten zu ihrem Teil den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Schulter an Schulter mit den sozialistischen Parteien aller Nationalitäten marschierte die deutsche Arbeiterklasse vorwärts. Kulturpolitisch, wirtschafts- und staatlich spannte sie ihre Ziele höher und im Gleichschritt der Arbeiterbataillone marschierte sie an der Spitze des internationalen Sozialismus — dem Sieg entgegen. Selbst jene Periode des Grauen, die im Weltkrieg die Völker der Welt gegeneinander marschierten und Millionen dahinsanken sah, vermochte nur zeitweise den Vormarsch des internationalen Sozialismus zu hemmen. Kaum war der ehemalige Krieg der Nationen verklungen, als die Soldaten des Sozialismus sich bereits wieder zusammenfanden zu neuer Arbeit im Sinne und Geist des Kampfes gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Bünden vorübergehender Parteipaltung schlossen sich und auch international gliederten sich Gewerkschaften und politische Organisationen wieder in Rader, wie sie an Stärke die Welt nie mals gesehen.

„Es ist nichts anders geworden“, so höhnt manch einer, der die Geschichte nicht kennt, der den Sturz der Monarchie, das Werden des Volksstaates und seine innere Gestaltung nicht zu fassen vermag oder nicht fassen will. Aus den kleinen verfolgten Schar, die vor 50 Jahren getreten werden sollte, ist die Sozialdemokratie, die Partei des schaffenden Volkes, die Partei der Kopf- und Handarbeiter, geworden. In Reich, Staat und Gemeinde stehen wir ihren gesteigerten Einfluss. Es ist der zielbewusste Arbeit der Millionen namenloser Kämpfer zu danken, wenn heute an der Spitze wichtiger Ministerien in Reich und Ländern Sozialdemokraten stehen und wenn in den Parlamenten Sozialdemokraten Träger der höchsten Würden sind.

Hinter ihnen aber muss stehen, allen störenden Tendenzen zum Trotz, der geschlossene Willen der Arbeiterklasse, der Entwicklung die Wege zu ebnen und den Bau zu vollenden, den unter Alten prophetisch sahen, zu dem sie den Grundstein legten und den anzuführen wie weiter tätig sind:

Den Tag der freien sozialistischen Gesellschaft!

Zum 21. Oktober dieses Jahres ruft die Sozialdemokratie euch, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte, zu gewaltigem Auftakt.

Ein Tag geschichtlicher Lehre ruft, an dem alle Zweige der Arbeiterbewegung und alle betriebsunten Verbände, die den Kulturbestrebungen der Sozialdemokratie mit dienen, sich vereinen zum Tag des Bekenntnisses, zum Tag der Werbung, zum Tag der Förderung für die Ideen des Sozialismus.

Am 21. Oktober hält die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Warschau ab.

In jeder Stadt, in jedem Dorf, überall, wo sich Gemeinschaften finden, vereint dieser Tag Männer, Frauen und Jugendliche, um in Rückblick und Ausblick neue Kräfte zu sammeln, die Organisation zu stärken und das Feuer der Begeisterung hochzobren zu lassen zu einer Flammenfuge wahnsinniger Sinnes, an der alle die sich verehren sollen, die böhmisches und niedische der Arbeiterbewegung ihren Fortschritt hemmen wollen.

Auch der kleinste Ortsverein der Partei muss diesen Tag feierlich begehen. Alle der Partei befreundeten Organisationen: Gewerkschaften, Sport- und Turnvereine, Arbeiter-Gesangvereine, auch die Jugendverbände müssen zu einer würdigen Feier an diesem Tage mit der Partei vereint werden.

Der 21. Oktober, der sozialdemokratische Tag, dient der Vorbereitung für die sozialdemokratische Woche vom 21. bis 29. Oktober. Der 21. Oktober soll alle Organisationen vereinen, die einstmal von den Schlägen des Sozialistengesetzes getroffen wurden. An die Arbeit! Hoch die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand

Deutsch-polnische Verständigung?

P. Die vom Reichstag mit großer Mehrheit gebilligte Erförlung der Reichsregierung enthielt nur wenige Einzelheiten über die Außenpolitik. Sie begnügte sich mit Bedacht, die Frage der Rheinlandräumung und der endgültigen Festlegung der deutschen Kriegsverpflichtungen in den Vordergrund zu rücken. Andere außenpolitische Fragen, wie z. B. das Ostproblem, sind natürlich ebenso wichtig. Am besten Lösung ist das Reichskabinett deshalb im gleichen Ausmaß interessiert, wie an der Regelung anderer schwiegender politischer Probleme. Aber es gibt Fragen, deren Lösung man nur durch praktische Handlungen und nicht durch programmatische Erklärungen vorwärts treiben kann. Dazu gehört auch die längst notwendige Verständigung zwischen Polen und Deutschland auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Die Initiative hierzu wird in manchen wichtigen Fällen auf der Gegenseite liegen müssen.

Das gilt vor allem für die Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Hier ist seit Monaten wieder einmal eine Blockade eingetreten, deren formale Ursache auf polnischer Seite liegt. Die bekannte polnische Grenzverordnung, die das Autonomatrecht von Ausländern, und zwar in erster Linie von deutschen Staatsangehörigen, in wirtschaftlich wichtigen Grenzgebieten administrativen Sonderbestimmungen unterwarf, hatte neue Auseinandersetzungen zwischen Warschau und Berlin zur Folge. Die Materie des Niederlassungsrechts, die einen Teil des Verhandlungsstoffes bildete, war bereits im Sommer vorigen Jahres durch Erörterungen des deutschen Gesandten in Warschau gefärbt worden. Polen erhoffte trotzdem einzig neue Zustände, indem es die Grenzverordnung erließ. Als Abschluss der so entstandenen Meinungsverschiedenheiten batte sich Mitte April die beiden Bevölkerungsverschiedenheiten in Warschau und Wien auf ein Programm über die Fortsetzung der Verhandlungen geeinigt. Die polnische Regierung erhofft sich diesem Programm jedoch nicht an. Der heitere Grund ihrer Zurückhaltung war, dass Polen auf den Ausgang der deutschen Wahlen wartete und von deren Auswirkungen ein stärkeres Entgegnen in einzelnen Fragen erhoffte.

Das Ergebnis dieser Wahlen und ihre Auswirkung in Gestalt einer Regierung unter Führung der deutschen Sozialdemokratie liegen nunmehr vor. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass für eine derartige Regierung manche Hemmnisse bei der Herstellung besserer Beziehungen zu Polen wegfallen. Andererseits kann dieses Kabinett mindestens Ansprüche daran erheben, dass es in bezug auf seine politischen Abstände in Polen mindestens das gleiche Vertrauen findet, das ihm gegenüber maßgebende englische und französische Kreise bisher bereits zum Ausdruck gebracht haben. Voransetzung dazu ist natürlich, dass dem Willen auf deutscher Seite ein ebenso starker Wille auf polnischer Seite gegenübersteht. Unglückliche Reden, wie z. B. der polnische Außenminister Zaleski vor einigen Wochen gehalten hat und die praktisch nichts bedeuten, als eine Quertrieberei gegen die Rheinlandräumung, vermögen das Verhältnis zu Deutschland natürlich nicht zu verbessern. Derartige Ausführungen beweisen u. E. nur zu deutlich, wie schwer es der polnischen Regierung fällt, sich politisch mit dem Wiederaufstieg Deutschlands abzufinden. Die Angst vor Deutschland, die beispielswise auch in der polnischen Minderheitspolitik immer wieder zum Ausdruck kommt, bestimmt leider immer noch die Haltung des polnischen Kabinetts im wesentlichen Maße. Das muss aufhören. Andererseits darf man in Warschau nicht vergessen, dass ein Handelsvertrag in erster Linie eine wirtschaftlich-geschäftliche Abmachung darstellt und es ganz selbstverständlich ist, dass die gemeinsame Regierung die Wahrung der deutschen Interessen bei allen Verhandlungen mit ausländischen Partnern als ihre Hauptaufgabe betrachtet. Statt dieser Einsicht ist in der polnischen Außenpolitik bis in die letzte Zeit hinein immer und immer wieder der Standpunkt vertreten worden, dass Deutschland irgendwelchefantastischen Pläne der wirtschaftlichen Unterjochung Polens verfolge. Davon kann gar keine Rede sein. Deutschland willt eine ehrliche Verständigung. Wenn das offizielle Polen davon auch heute noch nicht glaubt, dann ist ihm nicht zu helfen.

Es ist n. G. weniger wesentlich, ob man nun angeht, der beiderseitige Einstellung zu den Verhandlungen bei der Wiederaufnahme der Erörterungen von dem bisherigen Projekt des sogenannten kleinen Handelsvertrages ausgeht oder ob man den Rahmen weiter spannt, obwohl der erste Weg sicher der einfachste wäre. Die Hauptfrage ist vielmehr, dass man auf beiden Seiten nicht nur einen politischen und wirtschaftlichen Protektionismus im Auge hat, sondern in erster Linie den großen Vorteil berücksichtigt, den beide Teile aus einer Regelung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen gewinnen würden. Von diesem Gesichtspunkt aus wird — davon sind wir überzeugt — die neue Reichsregierung an die bevorstehenden Verhandlungen mit Polen herangehen und versuchen, sie möglichst bald zu einem zu-

friedenstellenden Abschluß zu bringen. Ist die polnische Regierung von dem gleichen Willen beseelt, dann ist u. g. die längst notwendige Verständigung zwischen Deutschland und Polen nicht mehr allzufern.

Rammeschlüß in Frankreich. Die französische Rammeschlüß ist am Montag nach Verabschiedung der vorliegenden wichtigen Enthüllungen, in die Ferien gegangen. Mitte Oktober finden die Generalselektionswahlen statt. Erst dann wird das

Parlament wieder zusammenkommen. Es wird sich dann, wie die Polen heute ankündigt, auch das Stadtsel der Nationalen Einheit entscheiden, die heute nur noch eine Pseudo-Einheit sei und die für alle Teile eine unerträgliche Belästigung darstelle.

Eine neue Rose gesloggs. Wie der Matz meldet, beschäftigt Kellogg in den nächsten Tagen eine neue Befehlsnotiz über die Antiflüchtlingsflüchtlingsverhandlungen an die neutralen Mächte zu richten, die bisher an den Verhandlungen teilgenommen hatten. Kellogg gebietet, vor allem Spanien näher mit dem Problem zu beschäftigen.

Tatsachen stellte. Sein Wissen im Unterrichtsministerium hat sich auch durchaus für die katholische Kirche verdient; die Serenitatis wurden in den Schulräumen wieder eingebrochen, das Gebet zu Beginn des Unterrichts wieder eingeführt. Aber vielleicht ist Mussolini der Ansicht, daß der Katholizismus dabei zu kurz gekommen ist. Gegenwärtig ist hinter den Kulissen ein zäher und heftiger Kampf zwischen dem Faschismus und dem Vatikan darüber im Gange, ob der katholische Staat oder die Kirche die Segen der Schulkinder begehrlich soll. Es scheint, daß Mussolini an der Überzeugung gekommen ist, daß ein glaubiger Angehöriger des Katholizismus als Unterrichtsminister nicht mehr ausverkäuflich genug ist und an seine Stelle ein Mann treten müßt, der frei von allen konfessionellen Hemmungen diesen Kampf gegen den Vatikan zu führen fähig und entschlossen ist.

Folgen der Wahlniederlage

Die Deutschnationale Partei vom Richtungsstreit zerstört ...

D. Die Deutschnationale Partei befindet sich in einer schweren Krise. Die Wahlen haben es deutlich gezeigt, und jeder weitere Tag, der ins Land geht, macht es noch klarer.

Die am Sonnabend, Sonntag und Montag abgehaltene Tagung der deutschnationalen Parteivertreterung hatte drei Dinge zu erledigen. Den Fall Lambach, den Streit der Gruppen und die Frage der Führung. Sie hat nichts erledigt. Sie hat alles auf spätere Seiten verlegt, weil der deutschnationale Parteiausschuß außerordentlich brüderlich ist.

Die alte Konservative Partei hatte vorwiegend ländlichen Anhang. Die Großgrundbesitzer stellten die Führung, Bauern und Landarbeiter, die man zur Abgabe des deutschnationalen Stimmzettels zwang, waren der Anhang. Als es die Konservativen führte nach der Revolution für nötig hielten, sich volkstümlich zu geben, gründeten sie die Deutschnationale Volkspartei, die in der Inflationsperiode mit Hilfe der Hugenbergsche Erwerbungen in den Großstädten machte konnte und die schließlich neben dem ländlichen Großgrundbesitz einen recht erheblichen Teil des industriellen Großbürgers und neben den Bauern auch viele Kreise der Kleinstadt und Angehörigen in den Städten erschaffte.

Zwischen diesen Gruppen geht nun der Kampf. Graf Westarp, der die Partei in der Zeit des Bürgerblods geführt hat, wird von zwei Seiten angegriffen. Von völkerlichen Flügel, der in der Deutschen Zeitung seine einzige nationalen Grundlage gegen die Opportunisten in der Parteiführung verfündet hat, und von der Gruppe Hugenberg. Es ist kein Kampf um Prinzipien, der zwischen diesen beiden Richtungen geführt wird, es ist ein Kampf um die Führung, in dem offenbar im Bunde mit den völkischen Wang und Goering starke großindustrielle Hintermänner eingetreten. Die alte Führung macht alle Anstrengungen, sich zu behaupten, aber hinter Hugenberg steht eine starke städtische Presse, und wenn es in der offiziellen Berichterstattung von der Sitzung der Parteivertreterung heißt, daß Westarp zweimal sein Amt zur Verfügung gestellt habe, und wenn dazu von anderer Seite berichtet wird, daß Hugenberg mit dem Ausdruck ganzes Bezirke gedroht habe, so kann auch ein einstimmiges Vertrauensvotum für Graf Westarp nicht darüber hinwegglücken, daß die Deutschnationale Partei vom Richtungsstreit zerstört wird. Die Gruppen bestehen weiter, und der Mann der Gegner Westarps,

Dr. Oberböhring, ist dem Grafen Westarp in der Führung beigeordnet.

Die Tatsache, daß im Falle Lambach keineklärung erfolgt ist, rundet das Bild.

Westarps Niederlage

SPD. Der von der deutschnationalen Parteivertreterung am Sonntag angenommene Wahlbilligungsantrag wurde nach den Wählungen der deutschnationalen Presse angeblich mit einer großen Mehrheit verabschiedet. Richtig ist das Bierenteil, und das ergibt sich aus den Verhandlungen der deutschnationalen Parteivertreterung im Verlaufe des Montags. Sein anderer als Bierenteil hat den sofortigen Ausdruck von Lambach verlangt, während sich Graf Westarp und der Abgeordnete Wallraf dagegen ausprägten. Die Abstimmung führte jedoch zu einer Niederlage für Westarp und Wallraf. Sie blieben mit 64 gegen 67 Stimmen in der Minorität. Die Folge war, daß Westarp den Vorsitz der Fraktion und Wallraf den Vorsitz des Parteigerichts niedergestellt. Westarp hatte sich bereits aus der Sitzung entfernt, als ihm einstimmig das Vertrauen votiert wurde. Er erklärte sich daraufhin und nach längerem Zureden des Abgeordneten Wallraf bereit, sein Amt zunächst provisorisch weiterzuführen. Die Neuwahl des Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion soll bereits in den nächsten Tagen erfolgen. Der Parteivorsitzende wird voraussichtlich auf einer Tagung der deutschnationalen Parteivertreterung im Frühjahr festgestellt.

Die Kraft der Gegenseite innerhalb der Deutschnationalen Partei sind, ergibt sich u. a. aus der Gründung einer aldeutschen Gruppe innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Die Führung dieser Gruppe hat Hugenberg übernommen. Ihr gehören u. a. an die Abgeordneten Wang, Egg, Dräxler, Spahn und Seppold.

Ministerialrat Konopacki-Koupach, der Vorsitzende des völkischen Reichsausschusses der Deutschnationalen Volkspartei, ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgegetreten.

Achtung, frisch gestrichen!

Die Vertretertagung der Deutschnationalen Partei fand am Montag nach Abschluß der Beratungen eine Entschließung in weicher der Tropotstellung der deutschnationalen Reichstagsfraktion gebilligt wird. Am Schlusse dieser Entschließung steht: „Die Partei zieht gegen die gemeinsamen Gegner einzig bis auf den letzten Mann.“

Dieser Satz wurde später gestrichen. Das ist das beste Geständnis dafür, daß es in der Deutschnationalen Partei bestimmt weiter, und der Mann der Gegner Westarps,

D. Berlin, 10. Juli. (Eig. Ausspruch.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Reihe von Anträgen eingebracht, die vornehmlich dem Ausbau der Sozialpolitik dienen. Die Fraktion fordert:

Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag baldmöglichst Vorlagen zu unterbreiten: a) Entwurf des Arbeitsbeschaffungsgesetzes einschließlich des Bergarbeiterbeschaffungsgesetzes; b) Entwurf einer Semannenordnung und einer Vorlage, durch die die jahrmännischen Arbeitnehmer in die Arbeitsgerichtsbarkeit mit einbezogen werden; c) Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes; d) Entwurf eines Haushaltsgesetzes; e) Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes; f) Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes.

Zum Ausbau des Schwangeren- und Mütterinnenstandes wird beantragt: „Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegen, durch den der im Gesetz über die Beschaffung vor und nach der Riederkunft vorgesehenen Schwangeren- und Mütterinnenzuschuß ausgedehnt wird auf die Landarbeiterinnen und Hausangestellten, und 2. einen Gesetzentwurf vorgelegen, nach dem auf laut § 16 Absatz 1 Ziffer 3 und Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung zuzahlende Wohngeld ein Zusatz gewährt wird in dem Maße, daß die Schwangere während sechs Wochen vor der Riederkunft keine Verdächtigung gegen Entgelt ausübt.“

Dieser Zusatz ist bis zum Tage der Riederkunft zu zahlen in einer festen Höhe, doch das Wohngeld zugleich des Zusatzes die Höhe des Grundlohnes erreicht.“

Auf die Sicherung der Rechte der Arbeiter und Angestellten in der Sozialversicherung beziehen sich die folgenden Anträge: „Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorgelegen, der in der sozialen Versicherung die Selbstverwaltung nach folgenden Richtlinien herbeiführt:

1. Den Versicherten ist der maßgebende Einfluß einzuräumen. Auszugehen ist dabei von dem Zweck der Versicherung, nicht von der Art und Höhe der Beitragsleistung.
2. Das Recht der Selbstverwaltung schließt in sich, daß die Beamten und Leiter von den Organen der Versicherungsstruktur zu wählen sind.
3. Das Aufsichtsrecht des Staates darf nicht zu beraubungsreicher Verformung führen.“

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsbeamten zu ersuchen, die Pflichtversicherungsbrente in der Angestelltenversicherung auf 900 Reichsmark festzulegen.“

153!

SPD. Der 153. sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete durfte in kurzer Zeit in den Wahlkreis Ostpreußen eintreten. Im Wahlkreis Ostpreußen sind durch ein Versehen beim Abstimmen die Stimmen aller Parteien von 50 Wahlbezirken im Landkreis Gerolstein nicht mitgezählt, darunter 4622 sozialdemokratische Stimmen, die auf die Reichsliste entfallen. Infolgedessen erhöht sich der sozialdemokratische Stimmenrest auf der Reichsliste von 26165 auf 30787 Stimmen. Da auf einen Rest von mehr als 30000 Stimmen noch ein Mandat entfällt (§ 82 des RVG), muß der sozialdemokratischen Reichsliste das 10. Mandat zugewiesen werden. Es soll auf den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Falkenberg.

Der Kreiswahlausschuß in Ostpreußen wird zunächst eine neue Feststellung des Wahlrechts zu treffen. Der Kreiswahlausschuß darf dann die Reichslisten aller Parteien korrigieren. Es ist Sache des Reichsinnenministeriums und des preußischen Innensenatoriums, für die notwendige Bescheinigung zu sorgen, damit der 153. sozialdemokratische Abgeordnete sein Amt bald antreten kann.

Staatsgerichtshof und Flaggenverordnung

D. Leipzig, 9. Juli. (Eigener Draht.)

Der Staatsgerichtshof beschloß sich am Montag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons mit dem Flaggenentwurf soviel wie dem Potsdamer Magistrat und der preußischen Staatsregierung. Der Staatsgerichtshof kam nach längerer Beratung zu folgender Entscheidung:

„Die Notverordnung der preußischen Regierung vom 8. August 1927 ist mit der preußischen Verfassung unvereinbar.“

Der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, begründete das Urteil wie folgt: Dem Antrag der preußischen Regierung, die Urteilsverfügung zu verlegen bis der Preußische Landtag sich mit der Flaggenverordnung beschäftigt habe, werde vom Staatsgerichtshof nicht entsprochen, da die Gründe für das nicht maßgebend seien. Die Anfechtungsgründe der Deutschnationalen Landtagsfraktion, daß der ständige Ausdruck des Preußischen Landtages, der die Notverordnung angenommen hat, nicht ordnungsgemäß zusammengestellt war, habe der Staatsgerichtshof nicht zu beachten gehabt. Es wäre lediglich zu prüfen gewesen, ob es notwendig war, die Notverordnung zu erlassen und ob die Sicherheit des Landes so gefährdet war, daß eine Notverordnung notwendig wurde. Die preußische Regierung habe wenig vorgesprochen, und auch das Material sei dürftig gewesen, aus dem hervorgegangen, daß die Notverordnung zu Recht erlassen sei. Der Artikel 56 der preußischen Verfassung sei durch diese Notverordnung erfasst und verletzt worden. Auch andere rechtliche Verleugnungen hätten vorgelegen. Aus all diesen Gründen habe der Staatsgerichtshof die Flaggenverordnung der preußischen Regierung nicht für verfassungsmäßig angesehen. Er halte sie mit der preußischen Verfassung für unvereinbar.“

Zusammenstöße mit Rotfront

D. Saarbrücken, 10. Juli. (Eig. Ausspruch.) Der Rote Frontkämpferbund plante am Sonntag und Montag in Saarbrücken große Demonstrationen. Der Regierungskommissar unterliefte diese Kundgebungen. Trotzdem erschienen aus dem Inn und dem Ausland zahlreiche Kommunisten. Als die Polizei den Versuch machte, einen Trupp Roter Frontkämpfer zu entwaffnen, wurde sie durch schwere Schüsse angegriffen. Die Beamten gingen nummehr mit blanker Waffe vor. Mehrere Personen wurden schwer verletzt, so daß sie im Krankenhaus behandelt werden müssen.



Die Expedition Nobiles soll keine praktischen Erfolge gezeigt haben? Im Gegenteil! Sie hat Erfolge für Mussolini ausgekämpft, die sich hervorragend zur Unterbringung der politischen Verbannen eignen.

Dienstag den 10. Juli 1928

Sächsischer Landtag

87. Sitzung. Dienstag, 10. Juli 1928.

Junctus stimmte das Haus den mit Schreiben der Regierung vom 21. Juni 1928 beigelegten Plänen mit Kostenanschlag für den 2. der Quellen- und Wandelhalle in Bad Gittern zu.

Dann verließte

Genosse Müller, Planis,

für den Reichsausschuss über die Entstehung von 2½ Millionen Platz in den außerordentlichen Haushaltplan zur

Durchführung eines Sonderbauprogramms von Industriearbeiter- und Angestelltenwohnungen.

Es sollen 1000 Wohnungen gebaut werden. Der Bericht erfordert die Einstellung der Mittel und stellt folgende Anträge:

1. Die Mittel aus dem Sonderbauprogramm zur Errichtung von Industriearbeiterwohnungen sind nur an Gemeinden und gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaften zu verteilen.
2. Die Wohnungen sind entweder im Erdbau oder als Reichenhäuser zu erstellen.
3. Für die Größe des Wohnraums und die Wertpreisbildung sind die Richtlinien des Arbeits- und Wohlfahrtministeriums vom 6. Januar 1927 sowie deren Ergänzungen anzuwenden.

Keine bedingungslose Räumung?

P. Paris, 10. Juli. (Eig. Junkt.)

Der Quoditum erklärt heute, daß eine bedingungslose Räumung des Rheinlandes nicht in Frage kommen könne, und daß sich die Reichsregierung eine empfindliche Schlappe zuziehen werde, wenn sie die Räumung in der gleichen Form wie bisher weiter fordern werde. Immerhin, meint das Blatt, sei Frankreich bereit, den Beweis seines guten Willens zu erbringen. Es leien im Schoße der französischen Regierung Überlegungen in Gang, ob man nicht Deutschland die bedingungslose Räumung der zweiten Zone anbieten könne. Man würde mit dieser Seite das Vertrauen Frankreichs zu dem republikanischen Deutschland kundtun, hätte man aber immer noch die Möglichkeit, bei den Verhandlungen über die Räumung der dritten Zone die Interessen Frankreichs wahrzunehmen.

Die Verteilung, die für die Räumung der dritten Zone verlangt werden könnte, sieht das Blatt ausschließlich auf finanziellem Gebiet.

Für das Washingtoner Abkommen

Eine Dankeschuld an die Arbeiter

M. Amsterdam, 9. Juli. (Eig. Bericht.)

Der Friedenskongress der Völkerbundvereinigung in den Haag sprach sich in seiner letzten Sitzung entschieden für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens aus und verpflichtete durch eine Entscheidung alle ihm angegeschlossenen Vereinigungen, insbesondere die im Vermögensrat der Internationalen Arbeitsorganisation vertretenen Länder, ihren ganzen Einflug in dieser Richtung geltend zu machen.

In der Aussprache wies Elvin, England, der Verfasser dieser einstimmig angenommenen Entscheidung, auf die von den Arbeitern der verschiedenen Länder während des Krieges gebrachten Opfer hin. Damals habe man eine Erhöhung des Lebensstandards versprochen. Das Washingtoner Abkommen habe bei den Arbeitern seufzende Hoffnungen erweckt, die größtentheil unverwirklicht geblieben seien. Nachdem die englische Regierung in Mai d. J. die sofortige Revision des Abkommens gefordert habe, müsse man auch heute noch ebenso tätig und wachsam sein wie vor einiger Zeit. Der Redner begrüßte u. a. die Bereitschaft der neuen deutschen Regierung zur Ratifizierung und gab den offiziellen Ausdruck, daß Frankreich auf diesem Wege bald folgen werde, so daß die beiden ehemaligen feindlichen Länder Frankreich und Deutschland einen heilsamen Einfluß auf die ganze Welt ausüben könnten.

Hitzewelle in Amerika

Über 60 Tote

S. Berlin, 10. Juli. (Eig. Funkj. Junkt.) Aus Amerika wird gemeldet, daß das Land zur Zeit von einer Hitzewelle heimgesucht wird. Die Temperatur erreichte am Sonntag im Schatten 38 Grad Celsius. In den östlichen, zentralen und westlichen Staaten sind infolge der Hitzewelle über 60 Personen gestorben. In New York fielen der Hitze 28, in Chicago 30 und in Boston 8 Menschenleben zum Opfer.

65 Stunden in der Luft

Über 8500 Kilometer zurückgelegt

Wie schon am Sonnabend mittags als sicher galt, haben die Juncker-Flieger Ristiz und Zimmermann den bisherigen Rekordflugrekord gebrochen. Der bis dahin längste Dauerflug war von Italienern Ferrari und del Pece erreicht worden. Beide hatten mit 68 Stunden und 36 Minuten in der Luft geblieben. Dieser Flugdauer wurde am Sonnabend um 6 Stunden und 30 Minuten überboten. Die Juncker-Flieger gingen am Sonnabend erst 21.00 Uhr nieder und hatten damit eine Flugdauer von 75 Stunden hinter sich.

Zwei deutscher Fliegern war es vor einiger Zeit bereits gelungen, eine Flugdauer von 60 Stunden und 5 Minuten zu erreichen. Dies gelang aber nur durch ein mit stundenweise wechselnd ausgeführtes Kunststück. Man füllte während des Fluges an einem anderen Flugzeug aus Brennstoff nach. Aus diesem Grund hat diese 60-Stunden-Leistung auch nicht als Rekord-Abrechnung Anerkennung gefunden. Die Juncker-Maschine, die am Sonnabend ihren Rekordflug beendete, hatte 3000 Kilogramm, also 30 Tonnen, Betriebsstoff mit auf die Fahrt genommen. Die Flieger sind damit außerordentlich sparsam umgegangen. Mit 65 Stunden war es berechnet, aber das Unwetter, das die Flugfahrer trafen, konnte keinen Betrieb verhindern. Beim Flug wurde die Flugzeit voll ausgenutzt. Ein Beweis dafür, daß der Motorflug der ganzen Fahrt mit größter Präzision gearbeitet hat.

Die durchschnittliche Geschwindigkeit, die bei sparsamer Brennstoffausbringung erreicht wird, beträgt 180 bis 140 Kilometer. Von der Zugrundeleitung von 180 Kilometer Stundengeschwindigkeit ergibt sich bei 65½ Stunden eine Strecke von mehr als 1000 Kilometer. Weder darf man mit 900 Kilometer rechnen. 900 Kilometer im Streckenflug aufzulegen, würde einer Fahrt von Zehn bis nach der Panamericana-Straße von Panama bis entgegengesetzte Richtung von Dakar nach Japan entsprechen.

Vollzeitung

4. Die Benutzung der Wohnungen darf nicht Bedingung eines Arbeitsvertrags sein.
5. Die Mieter solcher Wohnungen können nicht verpflichtet werden, bei Wechsel ihres Arbeitsverhältnisses oder des Berufs die Wohnung zu räumen.
6. Sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die zur Errichtung von Industriearbeiterwohnungen maßgebend waren, nicht mehr vorhanden, so kann die Gemeinde solche leerstehende Wohnungen auch an andere Wohnungssuchende vergeben.

Ein von Schreiber begründeter kommunistischer Widerstandsauftrag wollte bei der Errichtung von Industriearbeiterwohnungen gewisse Richtlinien durchgeführt sehen (Aufführung von Zusagen zu den Mietern durch die Unternehmer, Stellung der Bevölkerung nur durch die Gemeinden und Bestimmung der Mietern durch die Betriebsräte).

Im letzten Augenblick brachte die Regierungsparteien noch einen Verschlechterungsantrag zu den Anträgen des Verschlechterters ein. Danach sind die Mittel anstatt nur bloß in ersten Linie an Gemeinden und gemeinsame Baugenossenschaften zu vergeben.

Für diese Verschlechterung stimmten auch die Aspekte. Am übrigen brachten es die Rechtsparteien (Deutschnationalen, Wirtschafts- und Deutschen Volkspartei) fertig, gegen die Anträge des Verschlechterters zu 2, 3, 4 und 6 zu stimmen, ohne damit aber deren Annahme verhindern zu können.

Der kommunistische Widerstandsauftrag wurde gegen die Stimmen der Linien abgelehnt. (Die Verhandlungen dauern bei Nebstabschluss noch fort.)

Seite 3

Landesträuer angekündigt. Auf den Regierungsbüroben und vielen Privatbüroen wehen seit Montag die Nationalflaggen auf Halbmast. Die Zeitungen geben von der Katastrophe in schwerer Trauerumwandlung Kenntnis.

SPD, Berlin, 10. Juli. (Eig. Junkt.) Aus Höhe wird gesagt, daß zwei Meilen südlich der Stelle, wo das Truppentransportschiff Angamos unterging, zwei weitere Überlebende aufgefunden wurden.

200 Opfer einer Fischergärtung?

Auf dem Deutschen Touringclub mit etwa 850 Teilnehmern veranstalteten Rheinländer waren zahlreiche Personen mehr oder weniger schwer ertrunken. Die Münchner Zeitung meldet dazu, daß im ganzen Reich über 200 Personen von diesen Bergungsergebnissen betroffen worden sind und zum Teil schwerer unterzu liegen haben. Von den Münchner Teilnehmern sind insgesamt die 25jährige Frau des Reichsministers Dr. Lehmann und die 17jährige Tochter des Reichsministers Dr. Lippmann gestorben. Im Strandhaus München-Schwabing befinden sich noch sechs weitere Fahrgäste in ärztlicher Behandlung. Die Untersuchung über die Ursprung der Erkenntnisse wird eingehend durchgeführt. Die Ursache ist noch nicht geklärt. Von der Reichsbergiftung zugeschrieben.

Letzte Nachrichten

Liebestragödie

wth. Berlin, 10. Juli. Die Bewohner eines Hauses in der Grindelwaldstraße im Norden der Stadt wurden heute früh durch einen schweren Fall auf dem Hof aus dem Schlaf aufgeschreckt. Die Hinzugezogenen fanden einen jungen Mann auf dem Platztot liegend tot auf. Die Ermittlungen ergaben, daß er seit dem gleichen Hause untergebrachten Hotels war, und man fand in dem Raum, in dem er gewohnt hatte, keine Spuren seines Begleiters ebenfalls tot vor, mit zwei schweren Stichen in der rechten Schulter. Offenbar haben die beiden, deren Beziehung sich nach ihren Aufzeichnungen unüberwindbare Widerrufe in den Weg stellten, quer durch Götter und Götter nicht zusammengefunden.

Schweres Unwetter über Ottawa

wth. Ottawa, 10. Juli. Über Ottawa und Umgebung (Kanada) ist gestern ein außergewöhnlich schweres Unwetter niedergegangen. In einem Militärstützpunkt in der Nähe der Stadt wurden drei Personen durch Blitzschlag getötet. Mehrere Gebäude der Stadt wurden vom Blitz getroffen und beschädigt. Der telegraphische und telefonische Verkehr, sowie die Lichtversorgung der Stadt wurden durch das Unwetter beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen.

Eine neue Skertmarkte

Auf Grund eines Beschlusses des Verwaltungsrates der Reichspost hat das Reichspostministerium neue Skertmarken mit den Bildern der beiden Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg vorbereitet. Die Marken, die einen Wert von 8 und 15 Pf. haben, sollen am 1. September in den Verkehr gebracht werden.

Die gestörte Operation

Von einem eigenartigen Unfall wurde am Montag vormittag die Münchner Chirurgie Klinik betroffen. Während einer Operation hat der Nachfolger des Nachfolgers Sauerbruchs, im großen Saal ausgeführten plastischen Operation, bei der die Studenten und nordamerikanischen Ärzte als Gäste höchst geschätzt waren, plötzlich das große Glasbad dieses alten Saales ein. Drei Studenten und einer der amerikanischen Gäste erlitten blutige Verletzungen. Eine dieser Verletzungen ist ernster Natur.

Freitod auf den Schienen

Ein Oberpostsekretär des Berliner Postamtes S 14 war seit Mittwoch vorher nach einer Unterschlagung von 5000 M. verschwunden. Die Kriminalpolizei sucht ihn seit Tagen vergeblich. Heute ist der Leichnam auf der Bahnstrecke zwischen Neukölln und Wannsee tot aufgefunden worden. Er hatte sich vor einem Nachtag geworfen und ist überfahren worden. Der Tod ist auf Suizid eingetreten.

Bandenüberfall

An der russisch-chinesischen Grenze überfiel — wie aus Harbin gemeldet wird — eine große Bande einen Postzug, der mit 200 Passagieren von der Grenze nach Harbin unterwegs war. Die Passagiere wurden völlig ausgeraubt. Vier wurden getötet, sieben schwer verletzt. 40 Russen und Chinesen sollen von der Bande entführt worden sein. Es verlautet, daß sich darunter auch der bekannte Geologe Professor Minnet befindet. Der Überfall war nach den aus Russland eingetroffenen Meldungen seit längerer Zeit vorbereitet und gut organisiert.

Die 80-Millionen-Anleihe des preußischen Staates, von der die Sparkassen 80 Millionen übernommen haben, ist überzeichnet worden. Wie wir erfahren, konnte die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, das ihr zugemessene Kontingent im Gegensatz zu den Privatkrediten mehrfach unterschreiten.

Wettervorhersage für den 11. Juli

Anfangs trübles Wetter, späterhin abnehmende Bewölkung, schwache südliche bis westliche Winde. Temperaturen möglich warm. Vorher zeitweise leichte Niederschläge.

Schlußnotierungen der Produktenbörsen

Berlin, 10. Juli. (Eig. Junkt.) Weizen märktisch: Juli 264, September 262½, Oktober 261. Getreide: luftlos, schwächer. — Roggeng. märktisch: Juli 273, September 247, Oktober 247. Getreide: luftlos, schwächer.

Dresdner Kalender

Theater am 11. Juli. Opernhaus geschlossen. — Schauspielhaus: Gastspiel der Berliner Rollert-Schubert (Kreisfestival B); Galante Nacht (Anfang 20, Ende gegen 22). Volksbühne Nr. 2281 bis 2280. — Alberttheater: —. Die Komödie: Tiergarten der Liebe (Anfang 19½, Ende gegen 22). Volksbühne Nr. 1801 bis 1850. — Residenztheater: Wiener Blut (Johanna Schubert a. G.) (Anfang 20, Ende nach 22½). — Centraltheater: Schauspiel Ettie von Moellendorff; Der Jagdhorn (Anfang 20, Ende nach 22½).

Alberttheater. Am 12. Juli beginnt E. M. Taxis' "Die Räuber" in Bühne ein zweites Mal mit der Begrüßung "Das sind die Räuber". Anfang der Darstellungen 20 Uhr. Zugleich werden reichhaltige Farbdarstellungen und niedrige Sonnenstrahlen angezeigt. Vorwurf auf der Bühne von 10 bis 14 Uhr und von 17 Uhr an im Auditorium. Johanniskirche, im Neubau-Rathaus und in den Wochenschiffen des Dreissiger Werkstättevereins.

Die Komödie: Freitagabenddarbietung des Schauspiels "Das macht alles" von Max und Arnoldo. Götz, Scherzer, Dicker, Sonderer, Maria, Ulrich, Zimmermann, Megie, Gisela, Müller, Bülow, Bülow. — Theater: Luise Rühl, Josaphat bei Bühnenstück.

Großherzogliches Kunstmuseum. Die Vereinsmitglieder haben auf Grund besonderer Abkommen für ihre Version freien Eintritt.

Denkmalfest: Freitagabenddarbietung des Schauspiels "Das macht alles" von Max und Arnoldo. Götz, Scherzer, Dicker, Sonderer, Maria, Ulrich, Zimmermann, Megie, Gisela, Müller, Bülow, Bülow.

Staatliches Kunsterichtabinett. Die Düss.-Büd.-Musikfeststellung wird von Sonntag 123 geschlossen. Weitere Feststellungen Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend 9 bis 12 Uhr, Dienstag 18 bis 19 Uhr, Sonnabend 19 bis 20 Uhr.

Erfolgreicher Kampf gegen Unternehmerwillkür

Parlament der Bergarbeiter

D. Magdeburg, 9. Juli. (Eigener Druck.)

Der Saal des herrlichen Magdeburger Parteiraums "Herrmannsruh" ist prächtig dekoriert. Aus Blumen und Rotblau erstrahlt und sinnvoll das Bildnis des toten Führers Otto Suhr. Sein einziger, dann seitdem erneut eingesetzter Gegner geworden." Die Bühne zeigt aufmerksam die Reichsbahnen und das Stahlwerk Magdeburgs.

Vor Eintritt in die Tagessitzung erhielt der Vorsitzende Waldecker das Andenken der in der Arbeitszeit verstorbenen Kameraden. Der preußische Bergbau ist allein von vierzehn größeren Bergwerken bestimmt worden. Dabei berücksichtigt 180 Personen davon 34 tödlich. Die Zahl der Unfälle mit mehr als dreißigjähriger Arbeitszeitfähigkeit im preußischen Bergbau 1927 betrug 207, davon tödlich 254. Im Jahre 1928 belief sich, bei einer Verletzungsziffer von 748 500, die Zahl

der tödlich Verunglückten auf 1470.

Der Verbandstag nahm dann den Geschäftsbereich auf und entschied sich unispielerisch. Die kommunistische Opposition ist vertreten und führt sich unispielerisch. Erst als Husemann die Anträge bezeichnete, die sich gegen den Auschluss der Disziplinarstrafe wenden und die leidenschaftliche der Verbandsabstimmung anfangt, wird die 17 Pläne bezeichnende Opposition etwas mutiger. Husemann stützte sich auf einzelne aus:

Als wir 1926 in Saarbrücken tagten, lobte in England der große Streik. In unserem Jahrbuch 1928 haben wir nachgewiesen, welche Schritte unser Verband unternommen hat, um in jenen aufgetretenen Zeiten die Belieferung Großbritanniens mit deutscher Kohle zu verhindern. Nach der offiziellen Statistik wurden im Jahre 1926 1,7 Millionen Tonnen deutscher Kohle nach Großbritannien geliefert. Das ist so viel, wie die englische Wirtschaft in normalen Zeiten in drei Tagen verbraucht. In den ersten vier bis fünf Monaten 1928 hat Deutschland aber von Großbritannien 1,4 Millionen Tonnen Kohle bezogen. Der von den Kommunisten erzielte Generalstreik zur Unterstützung der englischen Kameraden wäre ein ungeeignetes Mittel gewesen. Haben doch die deutschen Bergleute in jener Zeit trotz unserer Warnung viel Leid erlitten und verschwanden. Ammethe fanden wir 250 000 Werk am die englische Organisation abführen.

Im Ruhrgebiet hatten wir drei Lohnbewegungen mit Lohn erhöhung, durch die den Belegschaften monatlich etwa 15 Millionen Mark mehr an Löhnen zugestanden werden mußten. Dieses Beispiel zeigt

was die Gewerkschaften und besonders unser Verband praktisch geleistet haben, um den inneren Markt zu stärken und die Konjunktur zu stabilisieren.

Doch wir mit den Ergebnissen, trotzdem wir sie ruhig als Erfolge zu nennen können, nicht zufrieden sind, werden Sie verstehen. Wir waren aber auch gescheit für erste Klämpe, wie das der im Oktober 1927 ausgebrochene große Streik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet zeigte. Wir brauchen die Macht des vereinten deutschen Bergbauunternehmens nicht zu fürchten, wenn wir einig und geschlossen sind. Das letztere hat das Unternehmertum vor den Arbeitern voraus. Die organisierten Bergarbeiter werden die Aufgaben der Zukunft natürlich nur lösen können, wenn wir uns immer stärker in die Wirtschaft hineinfügen, uns Einfluß und Einfluss verschaffen, um dadurch die Wirtschaftsmonopole durchzuführen und für die Zukunft vorzubereiten.

Husemann befürchtete dann mit dem Fortschreiten in der Sozialpolitik und in der Sozialversicherung (Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung). Über die Knappenschaffensförderung führte er aus: Nachdem wir jetzt einen Nebenblick auf die Auswirkungen der Rössle von 1926 haben, kann man sagen, daß es in der Rössle nicht glänzend aussieht. Ich glaube aber, daß wir zu unserer Vertretung im Reichsknappenschaffensrat das Vertrauen haben dürfen, daß sie durch Augenmaß gezeichnete Vorgehen eine weitere Steigerung der Beiträge zu verhindern verfügt.

Husemann rechtfertigte anschließend die vom Vorstand auf Grund der Statuten und Generalversammlungsbeschlüsse angenommenen Ausschüsse. Sie waren notwendig, weil vor unserm Verband vor dem Schluß der Kommunistischen Union, nämlich dem völligen Verfall, bemühten wollten. Nur dann wird unser Verband in der Öffentlichkeit und auch vor dem Unternehmertum ernst genommen, wenn die Mitglieder Disziplin halten und hinter ihrer Führung stehen.

Die klagen, daß die Bergarbeiterzeitung die Kommunisten unbedingt befürwortet, sind unbegründet. Nur sehr wenige, bei den allerfeindlichsten Verdrehungen und Verfälschungen, nimmt unsere Zeitung Stellung gegen die KPD. So ist während z. B. des Ruhrstreiks vom 1. Oktober bis zum 1. November 1926 in 45 Artikeln in der gemeinsamen Weise über den Verband und seine Leitung berichtet. Alles kann man aber nicht hinnehmen lassen, und ich sage: Sollten der Verband und die Reaktion zusammenstoßen, dann werden beide Seiten auch in den kommenden Zeiten das Ansehen und die Ehre des Verbands und seiner Leitung gegenüber den kommunistischen Kampfmethoden zu verteilen wissen. (Lebhafte Beifall.)

Husemann schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, solchen die Arbeit der beiden letzten Jahre zu prüfen und Beihilfe zu leisten, die zum Segen des Verbands und der Bergarbeiter Deutschlands auszuschlagen. (Lebhafte Beifall.)

Anschließend kam der Sekretär des Bergarbeiter-

verbundes, Balcke, zum Vortr. der über Arbeitszeit und Lohn-

regungen referierte.

Im Ruhrrevier haben zwei Lohnbewegungen stattgefunden, die beide mit Erfolg durchgeführt wurden. Die Löhne wurden zunächst um 30 Pf. und dann, vom 1. Mai 1927 an, um durchschnittlich 45 Pf. pro Mann und Schicht erhöht. Hinzu kommt noch die am 1. Mai 1928 abgeschlossene Lohnbewegung, die mit einer übernormalen Lohnsteigerung von 60 Pf. endete. Durch die energische Arbeit der Verbandsleitung war es also möglich, seit dem 1. Januar 1928 den Lohn für Mann und Schicht um 126 Pf. zu erhöhen. Insgesamt beträgt die Lohnsteigerung für das Jahr 1928 für den Tag 540 000 Pf. und

für das Jahr 162 Millionen Mark.

Die Lohnsteigerungen in den übrigen Steinholzrevieren sind annähernd um denselben Prozentsatz erfolgt. Im Saarrevier machten sich, um den Lohn den übrigen Schichtzügen in Deutschland anzugeleichen, drei Lohnbewegungen notwendig, die aber auch jedesmal mit einem angemessenen Erfolg endeten. Aber auch in den übrigen Branchen des Bergbaus konnten wir nennenswerte Lohnsteigerungen erzielen. Es ging dabei allerdings nicht immer ohne Aufnahme des letzten gesetzlich festgestellten Kampfmittels ab. Besonders hartnäckig zeigten sich die in mitteldeutschen Braunkohlenunternehmen, die glaubten, daß die Zeiten von 1928/29 als ewig unveränderlich anzusehen sind. Sie wurden aber von uns eines weiteren, nachdem sie trotz außerordentlich günstiger Quantität des Braunkohlen- und Kreiselschlags zunächst auch die geringste Baugefährdung ablehnten. Sie haben ihren Willen auf das Reichswirtschaftsamt und das Reichsarbeitsministerium auf, um die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsgerichtes, der bebauungsfähige Weise nur eine geringe Lohnsteigerung vorzuschreiben zu verhindern. Die Antwort, die sie von den Gewerkschaften erhalten haben, werden siehoffentlich nicht so schnell verzerrt.

Ein Transportauftrag des Staatssekretärs und der Mobilisierung der Bergvereine traten untere Kommanden geschlossen in den Streik, der dann auch, dank der ungünstigen Disziplin unserer Kameraden, mit einem vollen Erfolg beendet wurde.

Der Streik brachte für 78 000 Arbeiter eine Lohnsteigerung von

11,54 Prozent oder 80 Pf. pro Mann und Schicht. Technische Erfolge wurden auch im Stolzen und Lohner Steinholzrevier erzielt. Mit die Arbeiter in der Stolzenindustrie konnten durch Schiedsgericht und auch durch freie Vereinbarungen Lohnsteigerungen von durchschnittlich 1,10 R. pro Mann und Schicht herabgesetzt werden.

Es muß noch eine zur Frage der Lohnpolitik gefragt werden. In der Kohlen- und Stolzenindustrie können die Unternehmer die Preise nicht selbstmächtig bestimmen. Sie werden vom Reichsgericht oder vom Reichsgericht festgesetzt. Die Möglichkeit der Wiederaufstellung auf die Schaltungen der Konsumtoren besteht also nicht. Was wir den Unternehmern an Lohnsteigerungen genommen haben, haben wir ihnen zum überwiegenden Teile von ihrem Profit gekommen.

Über die Frage der Arbeitszeit sprach Balcke in recht ausführlicher und instruktiver Art. Er betonte: das Ergebnis unserer Bemühungen um die Verkürzung der Arbeitszeit bestätigt und noch steigert. Es müssen in Zukunft alle Kräfte darauf konzentriert werden, weitere Verkürzungen der Arbeitszeit herbeizuführen. Mit der angeblich schlechten Wirtschaftlichkeit des Bergbaus läßt sich die Beibehaltung der jetzt bestehenden Arbeitszeit unmöglich begründen. Die Untersuchungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben das genügend bewiesen. Als wir 1928 in Saarbrücken tagten, lobte in England der große Streik. In unserem Jahrbuch 1928 haben wir nachgewiesen, welche Schritte unser Verband unternommen hat, um in jenen aufgetretenen Zeiten die Belieferung Großbritanniens mit deutscher Kohle zu verhindern. Nach der offiziellen Statistik wurden im Jahre 1926 1,7 Millionen Tonnen deutscher Kohle nach Großbritannien geliefert. Das ist so viel, wie die englische Wirtschaft in normalen Zeiten in drei Tagen verbraucht. In den ersten vier bis fünf Monaten 1928 hat Deutschland aber von Großbritannien 1,4 Millionen Tonnen Kohle bezogen. Der von den Kommunisten erzielte Generalstreik zur Unterstützung der englischen Kameraden wäre ein ungeeignetes Mittel gewesen. Haben doch die deutschen Bergleute in jener Zeit trotz unserer Warnung viel Leid erlitten und verschwanden. Ammethe fanden wir 250 000 Werk am die englische Organisation abführen.

Am Ruhrgebiet hatten wir drei Lohnbewegungen mit Lohn erhöhung, durch die den Belegschaften monatlich etwa 15 Millionen Mark mehr an Löhnen zugestanden werden mußten. Dieses Beispiel zeigt

was die Gewerkschaften und besonders unser Verband praktisch geleistet haben, um den inneren Markt zu stärken und die Konjunktur zu stabilisieren.

Doch wir mit den Ergebnissen, trotzdem wir sie ruhig als Erfolge zu nennen können, nicht zufrieden sind, werden Sie verstehen. Wir waren aber auch gescheit für erste Klämpe, wie das der im Oktober 1927 ausgebrochene große Streik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet zeigte. Wir brauchen die Macht des vereinten deutschen Bergbauunternehmens nicht zu fürchten, wenn wir einig und geschlossen sind. Das letztere hat das Unternehmertum vor den Arbeitern voraus. Die organisierten Bergarbeiter werden die Aufgaben der Zukunft natürlich nur lösen können, wenn wir uns immer stärker in die Wirtschaft hineinfügen, uns Einfluß und Einfluss verschaffen, um dadurch die Wirtschaftsmonopole durchzuführen und für die Zukunft vorzubereiten.

Husemann befürchtete dann mit dem Fortschreiten in der Sozialpolitik und in der Sozialversicherung (Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung). Über die Knappenschaffensförderung führte er aus: Nachdem wir jetzt einen Nebenblick auf die Auswirkungen der Rössle von 1926 haben, kann man sagen, daß es in der Rössle nicht glänzend aussieht. Ich glaube aber, daß wir zu unserer Vertretung im Reichsknappenschaffensrat das Vertrauen haben dürfen, daß sie durch Augenmaß gezeichnete Vorgehen eine weitere Steigerung der Beiträge zu verhindern verfügt.

Husemann rechtfertigte anschließend die vom Vorstand auf Grund der Statuten und Generalversammlungsbeschlüsse angenommenen Ausschüsse. Sie waren notwendig, weil vor unserm Verband vor dem Schluß der Kommunistischen Union, nämlich dem völligen Verfall, bemühten wollten. Nur dann wird unser Verband in der Öffentlichkeit und auch vor dem Unternehmertum ernst genommen, wenn die Mitglieder Disziplin halten und hinter ihrer Führung stehen.

Die klagen, daß die Bergarbeiterzeitung die Kommunisten unbedingt befürwortet, sind unbegründet. Nur sehr wenige, bei den allerfeindlichsten Verdrehungen und Verfälschungen, nimmt unsere Zeitung Stellung gegen die KPD. So ist während z. B. des Ruhrstreiks vom 1. Oktober bis zum 1. November 1926 in 45 Artikeln in der gemeinsamen Weise über den Verband und seine Leitung berichtet. Alles kann man aber nicht hinnehmen lassen, und ich sage: Sollten der Verband und die Reaktion zusammenstoßen, dann werden beide Seiten auch in den kommenden Zeiten das Ansehen und die Ehre des Verbands und seiner Leitung gegenüber den kommunistischen Kampfmethoden zu verteilen wissen. (Lebhafte Beifall.)

Husemann schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, solchen die Arbeit der beiden letzten Jahre zu prüfen und Beihilfe zu leisten, die zum Segen des Verbands und der Bergarbeiter Deutschlands auszuschlagen. (Lebhafte Beifall.)

Anschließend kam der Sekretär des Bergarbeiter-

verbundes, Balcke, zum Vortr. der über Arbeitszeit und Lohn-

regungen referierte.

Im Ruhrrevier haben zwei Lohnbewegungen stattgefunden, die beide mit Erfolg durchgeführt wurden. Die Löhne wurden zunächst um 30 Pf. und dann, vom 1. Mai 1927 an, um durchschnittlich 45 Pf. pro Mann und Schicht erhöht. Hinzu kommt noch die am 1. Mai 1928 abgeschlossene Lohnbewegung, die mit einer übernormalen Lohnsteigerung von 60 Pf. endete. Durch die energische Arbeit der Verbandsleitung war es also möglich, seit dem 1. Januar 1928 den Lohn für Mann und Schicht um 126 Pf. zu erhöhen. Insgesamt beträgt die Lohnsteigerung für das Jahr 1928 für den Tag 540 000 Pf. und

für das Jahr 162 Millionen Mark.

Die Lohnsteigerungen in den übrigen Steinholzrevieren sind annähernd um denselben Prozentsatz erfolgt. Im Saarrevier machten sich, um den Lohn den übrigen Schichtzügen in Deutschland anzugeleichen, drei Lohnbewegungen notwendig, die aber auch jedesmal mit einem angemessenen Erfolg endeten. Aber auch in den übrigen Branchen des Bergbaus konnten wir nennenswerte Lohnsteigerungen erzielen. Es ging dabei allerdings nicht immer ohne Aufnahme des letzten gesetzlich festgestellten Kampfmittels ab. Besonders hartnäckig zeigten sich die in mitteldeutschen Braunkohlenunternehmen, die glaubten, daß die Zeiten von 1928/29 als ewig unveränderlich anzusehen sind. Sie wurden aber von uns eines weiteren, nachdem sie trotz außerordentlich günstiger Quantität des Braunkohlen- und Kreiselschlags zunächst auch die geringste Baugefährdung ablehnten. Sie haben ihren Willen auf das Reichswirtschaftsamt und das Reichsarbeitsministerium auf, um die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsgerichtes, der bebauungsfähige Weise nur eine geringe Lohnsteigerung vorzuschreiben zu verhindern. Die Antwort, die sie von den Gewerkschaften erhalten haben, werden siehoffentlich nicht so schnell verzerrt.

Ein Transportauftrag des Staatssekretärs und der Mobilisierung der Bergvereine traten untere Kommanden geschlossen in den Streik, der dann auch, dank der ungünstigen Disziplin unserer Kameraden, mit einem vollen Erfolg beendet wurde.

Der Streik brachte für 78 000 Arbeiter eine Lohnsteigerung von

schäßige in der rheinischen Braunkohlen, besonders aber auch in der Stolzenindustrie, lassen die Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit als das jüngste Unrecht erscheinen. Besonders in der Stolzenindustrie weiß man nicht mehr,

wie man die Gewinne verstecken, in welcher Form man sie zur Verteilung bringen soll, damit die Aufentstehenden möglichst wenig erkennen, wie riesig groß der Profit ist.

Wer trocken Besuchern des Unternehmertums gelang es uns, in einem Reihen Arbeitserleichterungen durchzusetzen. Im Stolzen und überörtlichen Steinholzrevier gelang es, die Arbeitszeit unter Tage um $\frac{1}{4}$ Stunde auf $\frac{1}{2}$ Stunden herabgesetzt. Damit sind wir einigesmaß zufrieden. Zur Abschaffung wurde die Arbeitszeit zunächst von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt. Seit dem 1. Mai d. J. wurde in den Industriebetrieben ebenfalls eine Arbeitszeitverkürzung um $\frac{1}{2}$ Stunde vorgenommen.

Den Rücksichtsbericht erstellte der Hauptkonsulat Bremen. Die Gesamtkosten, die für 1924/25 9 700 000 R. betrugen, konnten durch die Verkürzung auf 10 200 000 R. gesenkt werden. Dieser finanzielle Fortschritt ist um so erfreulicher, weil er in einer Zeit erfolgte, in der der Verband und seine Zeitung in einer geprägten Weise beschimpft wurde, wie es die Gewerkschaftsbewegung noch nie zu verzeichnen gehabt

hat. Der Gesamtwertmehrung des Betriebes beträgt nach Abschluß des Jahres 1927, die stolze Summe von 6 500 000 R. Er hat sich im Vergleich zum letzten Vorjahr 1913 verdoppelt. Die Gewerkschaften haben sich nicht nur ihre alte Schlagkraft wiedergeholt, sondern sie durch ihre Kampfsiege noch erheblich erweitern können. — Weiterberatung Dienstag.

Gewerkschaften

Die Lage im sächsischen Zimmerergewerbe. Wie uns der Zentralverband der Zimmerer mitteilt, waren von den im sächsischen Zimmerergewerbe tätigen organisierten Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 81 — 61 Prozent bei der letzten Wahlung am 30. Juni dieses Jahres arbeitslos.

Einen Lohnkampf von 11 000 niedersächsischen ZigarettenarbeiterInnen der am Sonnabend erfolgte Abbruch der Verhandlungen zwischen den Vertretern der holländischen Zigarettenfabrikanten und den vier zusammenarbeitenden Arbeitsorganisationen auf folge haben. Die Arbeiterverbände hatten am 15. Februar d. J. Rendierungsvorläufe zu dem Tarifabskommen unterzeichnet, um beliebige Verbesserungen der Löhne, Erweiterung des bezahlbaren Urlaubs von einem auf drei Tage und Lohnzahlung für drei anerkannte christliche Feiertage zu erwirken. Die Arbeitgeber wollten eine allgemeine Lohnherabsetzung durchzuführen. Da die Arbeitsmarktkontingenzen bei den schon heute förmlichen Lebensverhältnissen der Zigarettenarbeiter dem unter freiem Himmel zusammensetzen konnten, wurden die Verhandlungen schließlich als aussichtslos abgebrochen. Die Vertreter der Arbeiterverbände werden Sonnabend in Amsterdam zusammengetroffen, um ihre weitere Stellungnahme zu bestimmen.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Dresden

Am Mittwoch, dem 11. Juli, abends 8 Uhr (Saalak 7 Uhr), läuft im alten Hindenburgsaal, Hindenburgstraße 7, 9th. Stock, der Film "Der Hamburger Polizei". Der Eintritt zu dieser Filmvorführung ist frei. Es ist jedoch notwendig, daß der Betriebsrat förtzt, daß die Räder unter Verschluß kommen.

Metallarbeiterjugend

7. August, innere Altstadt und Friedericksstadt. Mittwoch den 11. Juli im Metallarbeiter-Spielhaus. Wir treffen uns abends 8.30 Uhr am Volkshaus.

Freie Gewerkschaftsjugend Radeberg. Mittwoch den 11. Juli, 19.30 Uhr, im Jugendheim Vorwieg. Aus der Praxis der Jugend.

Briefkasten

W. 3. Da Ihr Einkommen den Betrag von 28,49 R. möglicherweise übersteigt, muß Fleischzucker bezahlt werden. Zur Bezahlung der Fleischzucker besteht für Sie keine Verpflichtung.

6. Die Gefangenensiegerie ist eine staatliche Einrichtung. Wenden Sie sich an Wiesner, Ahnenbergstraße 4, 1., persönlich.

Aufführung. Die Firma hat für den Schaden aufzukommen. Es ist jedoch notwendig, daß der Betriebsrat förtzt, daß die Räder unter Verschluß kommen.

Das Institut urteilt selbst. Schönheitskonkurrenz im Rahmen auf der Regelmeile. Bei der am Sonnabend, dem 14. Juli, abends 10 Uhr, im Gewandhaus auf der Vogelwiese, entstandene Schönheitskonkurrenz, verantwortet von Herrn A. Schneider, werden 10 Dörnen prämiert. Erklärung: Die Dörnen werden mit Nummern gekennzeichnet und in einer Volksaltheit durch die Zuhörer abgestimmt. Fleischzucker werden an die gewählten Gäste verteilt. Gegebenenfalls auf die jeder Wähler die Nummer der gewählten Dame einträgt. Wer er als die Schönheit zu wählen gedenkt, darf nicht jedem Wähler frei mehrere Stimmen geben. Es steht jedem Wähler frei, mehrere Stimmen über aus einer Dame mehrere Stimmen geben.

„Ein schwarzer Tag für die deutsche Justiz“

Kritik am Staatsgerichtshof

Das Urteil des Staatsgerichtshofes vom Sonnabend, das die Klage der USPD abwies, findet in den wenigen fachjährlin Blättern, die es nicht als ihre Aufgabe ansiehen, der Seldt-Regierung treue Gefolgschaft zu leisten, scharfe Kritik. Sehr entschieden rechnet die *Neue Leipziger Zeitung* mit dem Staatsgerichtshof ab. Es heißt dort:

Wenn Deutschland ein demokratischer Staat wäre, so müßte jeder Staatsbürger die Möglichkeit geben sein, flagant gegen die Staatsgewalt darin aufzutreten, wenn diese Staatsgewalt ihre Macht missbraucht und die Gesetze, die auch für den Staat und nicht nur für den Staatsbürger gelten, verletzt. Der Staatsgerichtshof hat es abgelehnt – indem er der USPD die Parteigerechtigkeit aufprägt –, eine demokratische Gleichheit zu schaffen. Stattdessen halten die Richter, die am Sonnabend den Staatsgerichtshof bildeten, nicht viel von der Demokratie. Um so mehr aber sollten sie von der Gerechtigkeit halten. Und auch dieser haben sie mit ihrem Beschluss einen sehr schlechten Dienst erwiesen. In jedem Urteil vom 17. Dezember hat es der Staatsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt, das Wahlrecht dadurch zu bestimmen, daß von nun an im Parlament vertretene Parteien eine Münze verlangen würden, die verfüllt, wenn die betreffende Partei kein Mandat erlangt. Nur enthielt das jüdische Staatsrecht eine solche ungepflegte Bestimmung. Diese Tatsache war dem Staatsgerichtshof bekannt. Es war ihm auch bekannt, daß nur er die Unrechtmäßigkeit des jüdischen Wahlgesetzes feststellen konnte und daß das Urteil, das in dem Münzbeschlagnahmen des jüdischen Wahlgesetzes liegt, keine Sühne findet, wenn er der USPD das Rechtstricht abprägt. Zugleich hat er die USPD nicht als Angeklagte anerkannt. Anwälte der Gerechtigkeit scheinen die Wider des Staatsgerichtshofes, die am Sonnabend über den Münzbeschluß der USPD berieten, nicht zu sein. Sonst hätten sie einen Weg gefunden, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen.

Drei Weg zu finden war gar nicht so schwer. Das Reichswahlgesetz bestimmt, daß 500 Unterschriften zur Gültigkeit eines Wahlvorschlags genügen. Wenn nur ein Land den 500 Personen, die diese Unrechtmäßigkeit festgestellt haben, Unrecht hat, indem es seine Macht missbraucht und außer den 500 Unterschriften noch eine Münze verlangt, so muß doch für die, denen durch die Staatsgewalt des Bundes Unrecht geschieht, ein Gericht zu finden sein, das dieses Unrecht feststellt. Drei Gericht kann nach Lage der Dinge nur vom Staatsgerichtshof sein. Der Staatsgerichtshof aber erklärt: Nur wenn es sichum eine Partei in parlamentarischen Sinne handelt, sind wir erbötig, festzustellen, daß Unrecht gegeben ist; wegen 500 Personen aber verhindert wir nicht. Gewiß hat der Staatsgerichtshof das nicht wörtlich so gefast, aber es ist der Sinn seines Urteils. Der Tag, an dem er gefällt wurde, ist ein schwarzer Tag für die deutsche Justiz.

Selbstverständlich nehmen auch die sozialdemokratischen Blätter das Urteil des Staatsgerichtshofes mit der gebührenden Rasse vor. Die *Leipziger Volkszeitung* schreibt:

Rundum der Staatsgerichtshof die Unabhängigen nicht als Partei anerkannt und damit nicht als flagändig erklärte hat, bleibt nichts übrig, als daß die Sozialdemokratie die Klage gegen die verfassungswidrigen Landeswahlbestimmungen und da-

mit gegen den verfassungswidrigen Landtag durchführt. Es wird Aufgabe der zulässigen Parteienstangen sein, umgehend zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Glaubt die Reaktion ihre Stellung in der höchsten Negierung und im Landtag mit juristischen Winkelzügen verteidigen zu können, so ist es einfach Pflicht der Sozialdemokratie, mit aller Kraft gegen den juristischen Kurswechsel anzukämpfen; die Klagefähigkeit des Sozialdemokratie kann auch dieser Staatsgerichtshof nicht bestreiten. Bei einer Klage der Sozialdemokratischen Partei Sachsen muß der Staatsgerichtshof Parte bekennen oder seinen reaktionären Charakter noch stärker unterstreichen. In beiden Fällen lohnt sich die Klage.

Die Chemnitzer Volksstimme führt unter anderem folgendes auf:

Welche Folgen die Entscheidung des Staatsgerichtshofes haben wird? Wir halten es für selbstverständlich, daß nunmehr die Sozialdemokratische Partei Sachsen die Initiative ergreift und den Staatsgerichtshof zwinge, sachlich die Entscheidung zu fallen, der er am Sonnabend ausgewichen ist.

Die deutjapanischen Dresdner Nachrichten und der Meinung, daß die letzte Un Sicherheit geschwunden sei, die über dem rechtmaßen Beifall des Sächsischen Landtages seit seiner Wahl gesetzt hat. Hier sind die Dresdner Nachrichten auf dem Holzweg. Das abweisende Urteil des Staatsgerichtshofes gegenüber der USPD ändert nichts an der Tatsache, daß nach Meinung des selben Staatsgerichtshofes die in Frage kommende Bestimmung des jüdischen Wahlgesetzes ungültig ist. Die Dresdner Nachrichten fordern die Regierung auf, kurzerhand dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, die das Wahlgesetz in der notwendigen Weise ändert. Das wird die sächsische Regierung vielleicht auch tun, schon weil sie wahrscheinlich dem Zentrum eine entsprechende Änderung des Wahlgesetzes versprochen hat. Aber auch wenn das Wahlgebot geändert wird, bleibt immer noch die Frage offen, ob die Wahlen von 1926, bei denen die verfassungswidrige Bestimmung in Kraft war, gültig sind. Es besteht also dann immer noch die Möglichkeit, daß zunächst der Landtag vor die Entscheidung dieser peinlichen Frage gestellt wird, und wenn, wie zu erwarten ist, der Landtag sich für die Gültigkeit der Wahlen ausspricht, dann kann vom Staatsgerichtshof verlangt werden, daß er über diese Fragen die Entscheidung abgibt, der er offenbar gern ausweichen möchte. Ginge dann das Urteil des Staatsgerichtshofes dahin, daß die sächsischen Wahlen von 1926 gültig sind, so wäre damit auch gezeigt, daß die Landtage in Hamburg und Mecklenburg-Schwerin zu Unrecht auseinandergingen, woran sich dann die weitere Frage knüpft, ob die jeweiligen Landtage in den beiden Ländern zu Recht bestehen, oder ob sie wieder auseinandergehen müssen um den alten Landtagen Platz zu machen, die seinerzeit auseinanderließen.

Am 17. Juli ist die zweite der drei in diesem Jahre mehrfach vereinbarten Verfinsternisse der Sonne zu erwarten. Die Sonnenfinsternis beginnt um 9 Uhr abends mitteleuropäischer Zeit und endet 8 Minuten vor 10 Uhr. Im Deutschland ist zu dieser Zeit die Sonne bereits untergegangen, so daß von hier aus die Finsternis nicht beobachtet werden kann. Es ist dagegen möglich, sie in dem nördlichen Teil Sibiriens und Russlands genau zu beobachten. Anfolgedessen sind u. a. mehrere deutsche Expeditionen nach dem nördlichen Russland abgereist, um von hier aus umfangreiche astronomische Untersuchungen anzustellen.

Ein Luftschiff zerstört
In der Nähe von Yokohama ist ein japanisches Marinenschiff verunglückt. Drei Offiziere starben; der Rest der Besatzung konnte gerettet werden.

Der steifende Mörder
Racheilles Frauenschänder ist am Sonnabend in den Hungerstreit getreten.

Opfer des Berufs
Ein deutscher Obermüller, seine Frau und Tochter, der in der Nähe zu Weert unweit Roermond eine Dienstwohnung unter einem Speicher hatte, wo 200.000 Kilo Stroh lagerten, wurden in der Nacht vom 3. zum 4. d. M. bei einem schweren Gewitter dadurch getötet, daß der Blitz in die Nähe einschlug, den Speicher zum Einsturz brachte und Trümmer und Strohmassen die drei in ihrem Schlafzimmer befindlichen Menschen unter sich begruben. Der Getötete, namens Zellemaier, war Bauer von Geburt und gehörte die Stelle erst im März d. J. übernommen. Er war 34, seine Frau 29 Jahre und das Kind 8 Monate alt. Etwa 10 zur Hälfte schwang annehmende Arbeitnehmer machten sich sofort an das Rettungsversuch, sie konnten aber nur noch die Leichen aus den niedergebrüngten Massen herausholen.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen
am 9. Juli

Weizen märf. 250—261 (250—251). Roggen märf. 269—271 (268—270). Gerste, Sommer. 243—260 (243—283). Hafer märf. 251—261 (251—261). Weizenmehl 31,00—34,75 (31,00—34,75). Roggenmehl 36,25—37,75 (36,10—37,75). Vittoria-Erdöl 46,00—62,00 (46,00 bis 62,00). Die Säffern in Alkannern bedeuten Vortag.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

	Regatt	8.7.	9.7.	Weltrett	8.7.	9.7.
Goldan	Kommt	fehl	+ 14	Brandenburg	— 20	— 10
Moldau	Modran	— 78	— 80	Weltrett	+ 24	+ 26
Eger	Zam	— 41	— 47	Zeitzmerig	+ 59	+ 62
Elbe	Rimberk	— 6	— 5	Auffis	+ 26	+ 24
				Dresden	— 182	— 182

Verantwortlich für Sachsen und für Sachsenanhalt: Max Sack für Dresden-Großau und Dresden-Umgebung; Max Sack für Sachsen; für Lebus, Witten, Bautzen, Borsigwalde, Lippendorf und Zwickau: Max Sack für den östlichen Teil; für Greifswald, Stettin, Greifswalder Bucht und alles übrige: Kurt Heilmann, Stettin; für Bützow: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag: Raden & Söhne, Dresden.

Sachsen

Bürgerliche Niederlage in Hilbersdorf

Bürgerlichkeit für Neuwahlen

Im Gemeinderat zu Hilbersdorf bei Freiberg voten den Bürgerlichen im Bereich mit zwei Abstimmungen fröhlich: Genossen, die Bürgerlichkeit in die Reihen der Gegner getrieben hatte, die Wiederwahl des Genossen Hilbert zum Bürgermeister abgelehnt worden, obgleich er sich um die Kommune große soziale Verdienste erworben hat. Auf Veranlassung unsrer Aktion wurde darauf ein Bürgerausschätzchen über Neuwahlen beschlossen. Die für das Rechnen notwendige Drittelszahl der Stimmen war in wenigen Stunden erreicht. Die Entscheidung fiel am Sonntag und brachte den Bürgerlichen und den beiden Abgeordneten eine schamhafte Niederlage. Bei 992 Stimmberechtigten wurden 656 Stimmen abgegeben, davon für Neuwahlen 566; 80 waren ungültig. Hilbersdorf kann sich nun ein Parlament geben, das den politischen Zusammensetzung der Gemeinde entspricht.

Ein Reinfall des Chemnitzer Rates. Schon vor langerer Zeit hatte die proletarische Reihen der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung beschlossen, einen Platz der Stadt in Karl-Marx-Wall umzubenennen. Der Rat der Stadt wandte sich zunächst befürbete an das Verwaltungsgremium und erfuhr, daß die Chemnitz, das die Menge aber als ungünstig abwies. Damit muß aufzutreten, legte der Rat beim Oberlandesgericht in der letzten Stadtverordnetensitzung mitsamt mußte, in diese Berufung verworfen werden. Der Beschluß der Stadtverordneten besteht also zu Recht. Das ist eine Entscheidung, die auch für viele andere Gemeinden, in denen ähnliche Streitfragen vorgelegen oder auftreten könnten, von großer Bedeutung ist.

Bauen. Massenfündigungen in einer lithographischen Kunstanstalt. Die Firma Gebr. Weigang in Bautzen, eine bekannte lithographische Kunstanstalt, hatte infolge angeblicher Unrentabilität beim Ministerium einen Stilllegungsantrag eingereicht, dem allerdings nicht stattgegeben wurde, aber die Firma erhielt die Erlaubnis, ihre gegenwärtig noch 600 Personen starke Belegschaft auf 250 herabzusetzen. Am vergangenen Freitag wurde nun 250 Personen für den 20. Juli gefündigt. Die Firma hat selbst zugegeben, daß die Zahl nicht ganz zuverlässigen ist, daß die Umstellung zu einer geeigneten Zeit voraus umgesetzt werden muß. So wird vielleicht auch mehr Arbeitnehmer, die der Firma zum großen Teil ein Rentenalter gedenkt haben, müssen also jetzt die Sammler einer unbekannten Betriebsleitung mit bitterer Arbeitslosigkeit wählen.

Beruhigung des Volkswirtschaftsministeriums. Zu den letzten Jahren hat fast häufig Zäuler der Polizei und Verwaltungsfürsten für landwirtschaftliche Arbeiten verboten worden, und zwar auch in Süden, in denen eine unbedingte Notwendigkeit für eine solche Nutzung des Untergrunds abhängt. Makranno nimmt vor. Das Ministerium für Volkswirtschaft hat jedoch in einer Verordnung neue Normen erlassen, nach denen die Erlaubnis zum Abgraben von der Zukunft möglich eingeschränkt werden soll. Siege ebenfalls sollen die Sammler und die Verarbeiter nach dem Stillstand Bedürfnis auf die Zukunft und den Herbst verteilt werden. Weiter ist das Volkswirtschaftsministerium mit dem Arbeitsministerium überzeugt, daß eine Verminderung der Arbeitslosigkeit um 10 Jahren zu öffentlichen Zwecken in Süden nicht nur noch in ganz beschränkten Maßen möglich werden soll. Die Beleidigung von Sammlern wird grundsätzlich abschaffen. In jedem Falle, in dem eine Gewerbeaufsichtserhebung überhaupt in Frage kommt, muß das Arbeitsministerium unbedingt das Volkswirtschaftsministerium um Einverständnis bitten.

Rechte und Besitztiteln. Das Rechtsgesetz über die Rechte und Besitztiteln am Gewässer und am Gewässergrund gibt befürchtlich den Sammlern, die Gewässer einer Gewässerzone eines Zellsteins 2 Gewässerinformation abtreten, sofern sie eine gewisse Höhe erreicht hat. Die Abteilung des Gewässerinformationen erhält eine Gewässerinformation, sofern die Gewässerzone einer Gewässerzone eines Zellsteins 2 Gewässerinformation erhält und der Gewässer der Sammlerbaute der höheren Gewässerzone Sachsen zum erfordert. Als Gewässerinformation erhält der Gewässerbestand der Gewässerzone 2 Gewässerzone 1, für das Gewässer des Gewässerbaute Sachsen zugestanden.

Hallarena

die unverderblichen Bestandteile der Milch enthaltend, aus naturreinen Grundstoffen hergestellt,
das beste und bekömmlichste alkoholfreie Erfrischungsgetränk

Man verlange ausdrücklich „Hallarena“

Brauerei Reisewitz, Dresden-A. 28

Fernruf: 25781

10.109

LEBEN+WISSEN+KUNST

39. Jahrg. — Nr. 159

BEIBLATT DER VOLKSZEITUNG

Dienstag den 10. Juli

Petroleum

Roman von Upton Sinclair

Übersetzt von Hermann im Mühlens

Umschau 1927 by Walter Berlin A. G. Berlin W 50

Liebster, vielleicht wird er wieder gesund", flüsterte Paul, aber Bunny stöhnte: „Rein, nein, er wird sterben.“

Bis einen Blitzastrahl sah er vor sich die Röntgenaufnahme von Pauls geplatztem Schädel. Das Licht war erloschen, zusammen für diese Welt; eine Bestie hatte es mit einer Eisenstange ausgelöscht.

Rachel schlang die Arme um Bunny und versuchte, ihn mit Fürlichkeit zu trösten. Natürlich gelang es ihr; er konnte ihre Liebe nicht zurückweichen. Schließlich schlief er ein. Rachel jedoch schlief nicht, sie lag still, Bunny in den Armen. Er fuhr im Schlaf auf und begann zu zittern, — genau wie sie gezittert hatte, als die Geschüsse aufdröhnten.

Was tat Bunny im Traum? Kämpfte er gegen Knüppel, Haken und Eisenstangen? Lag er wieder mit Peter unter der Eiche, als die Erde bebte? Sah er Vernon Louise Paul biechin und dorthin heben, ihn quälen, ihn mit einer Eisenstange bedrohen?

Der Morgen brach an. Bunny und Rachel begaben sich ins Spital. Alles war unverändert. Paul lag schwer atmend da. Ruth saß neben dem Bett, die Augen auf den Bruder gespannt, die Hände verschlungen. Sie war noch blässer, und ihre Lippen zitterten unentwegt. Die Pflegerin bat sie, sich niederzulegen und zu ruhen. Ruth schüttelte den Kopf. Nein, sie sei es gewohnt, bei Kranken zu wachen, sie hörte Pflegerin. Die andere erwähnte, alle Pflegerinnen ruhten sich aus, aber Ruth sagte: „Nein, bitte, ich will hierbleiben.“

Der Chirurg kam. Er konnte nichts tun, man mußte warten. Bunny zog ihn beiseite und erkundigte sich, ob Paul gesund werden könne. „Unmöglich zu sagen. Wenn er das Bewußtsein wiedererlangt, kann er wieder gesund werden. Wenn er eine Hirnhautentzündung bekommt oder einen Blutgefäß im Gehirn, so wird er sterben.“

Rachel meinte, man müsse die Familie benachrichtigen. Bunny telegraphierte an Abel Watkins nach Paradise und bat ihn, auf seine Kosten ein Auto zu nehmen und die Familie herzubringen. Er überlegte, ob es seine Pflicht sei, aus Eli zu benachrichtigen, beschloß aber, es zu unterlassen. Dann sauste er die Morgenblätter und las einen triumphierenden Bericht über die Ereignisse des vorhergegangenen Abends: die Roten hätten eine ihnen längst nötige Reaktion erhalten, Ruhe und Ordnung seien im Hafen gesichert.

Es war der Morgen des Wahltags, der Höhepunkt einer Kampagne, die für Bunny ein langer Alpdruck gewesen war. Der Senator La Follette hatte mit Unterstützung der Sozialisten kandidiert; der große Schlag sollten die Petroleumshäfen geblühten sein. Burek schien die Entführer auch Erfolg zu haben; die Bevölkerung interessierte sich für die Angelegenheit. Aber der Feind wortete nur den günstigen Augenblick ab, um loszuschlagen. Während der letzten drei Wochen hatte er seine Reserven aufgebogen; es war, als ob eine ungeheure Wolke von Hornissen losgelassen worden wäre.

Selbstverständlich steckte dahinter das Geld. Vernon Louise und der anderen Petroleumunternehmer sahnt dem der Bankiers und der großen Industriellen, aller jener, die durch die Verfestigung der Regierung etwas zu gewinnen hofften oder durch die Nichtbestechung etwas verlieren könnten. Eine neuzeitliche fünfzig-Millionen-Dollar-Kampagne. In jedem Dorf und Flecken, in jeder Stadt gab es Komitees, die den Banditenterror organisierten. Die großen Betriebsbetriebe, wo er hergestellt wurde, befanden sich in Washington und New York; die Ware wurde in gross vertrieben, im ganzen Land von allen Agenturen verbreitet, — Zeitungen, Flugblätter, Massenveranstaltungen, Umzüge, Karussells, Illuminationen, Faschingszüge, Radio und Film. Wird La Follette, der rote Zerröder, gewählt, so ist die Gesellschaft vernichtet, und die Arbeiter werden erwerblos. Darum stimmt für den starren, schweigenden Staatsmann, den großen, weisen, edlen Freund der schlichten Leute, den porträtierten Coolidge! Und nun, während Paul Watkins sein Leben ausbaute, fiel ein Wirkelschauer von Stimmen über das Land, etwa tausend Zettel in der Sekunde. Das Volk tat seinen Willen.

Es war warm wie im Sommer, die Fenster des Spitals lümmers standen offen. Nebenan, etwa zwanzig Fuß entfernt, befand sich ein Wiesenhäuschen; im Zimmer gegenüber war ein junger Genießer einer der Radioapparate angebracht, die in Südkalifornien üblich sind. Die Bewohnerin des Zimmers gehörte zu jenen zweihunderttausend Hausfrauen, die ihren häuslichen Pflichten zu der Begleitmusik von Jesus, Freund meiner Seele, oder aber Mamie, du Sterne nachzukommen pflegten. Die betreuende Hausfrau hatte einen alles umfassenden Geschmack, und die vier, die an Pauls Bett wachten, vernahmen Bruchstücke aus dem „Mona Lisa-Quartett“, dem Orgelfantasie der Ersten Methodistenkirche oder den Porträts des „Piggly-Wiggly-Girls“. Während Welle QXJ funkte, im Osten sei die Wabibeteiligung gross, und auf Welle VZW Automobile aus zweiter Hand angeboten wurden, ein unbekannter Redner alle Staatsbürger aufforderte, zur Wahlurne zu eilen, und Präsident Wilson Smithers, ein Koloratur sopranistischer: „Ich liebe dich, mein Püppchen, och ja, ich liebe auch.“

Das Bureau der Workers-Party telephonierte an, auch das der J. W. W. im Hafen. Reporter erschienen, die höhlich Bunny's empörter Schilderung über den Überfall bestanden einige Rotzen möchten und selbstverständlich nichts beröffentlichten. Die Presse von Angel City beflogt eine Taktik, die jedes Kind verstehen kann: sie veröffentlicht nie eine Nachricht, die Geschäftsinteressen verlegen oder schädigen könnte.

Ein telefonischer Anruf aus Paradise: Meenie Walsch, eine Frau Andy Wagner, am Telefon. „Die Eltern haben mir Eddie zu einem Missionsgottesdienst gegeben, ich weiß nicht, wo er statthält, will verjuden, es zu erklären. Wie geht es Paul?“

Als Bunny geantwortet hatte, fragte Meenie, ob Eli schon benachrichtigt worden sei. „Ob ihr es glaubt oder nicht, Eli ist ein großer Heiler, er hat viele Menschen geheilt, er mühte doch auch für den eigenen Bruder etwas tun können.“

Bunny telegraphierte an Eli, verständigte ihn von Pauls Zustand, und zwei Stunden später hielt eine große, prächtige Limousine vor dem Spital.

Eli Watkins, der Prophet der Dritten Offenbarung, trug einen cremefarbenen Glanzanzug, der seine helle Schönheit noch aussöhnlicher machte. In diesen Tagen des Rubins und der Wacht hatte er eine bischöfliche Haltung angenommen. Er schüttelte einem nicht die Hand, blickte einen mit den großen, herbvorstehenden hellblauen Augen an und sprach: „Der Segen des Herrn ruhe auf Ihnen! Zum Bruder geführt, betrachtete er ihn, stellte aber keine Fragen. Röntgenaufnahmen von Schädeln interessierten ihn nicht.“

Ruth war es einerlei, wo sie sich befand. Sie stand nur vor sich hin, und ihre Lippen bebten zum Erbarmen: ein Wild durchwühlte Reids. Der Spitalarzt bat sie, etwas Milch zu trinken, die Pflegerin brachte ein Glas. Ruth kostete sie, vermochte aber nichts zu schlucken. Tränen entstromten ihren Augen. Niemand konnte sie trösten oder beruhigen.

Eli entfernte sich ohne ein weiteres Wort: die Wege des Herrn sind gewöhnlichen Sterblichen unbegreiflich. Pauls Verbinden hatte sich nicht verändert. Ruth kehrte in ihrem Bett zurück, aber jetzt befahl der Arzt, daß sie ein Schlafpulver nehme und sich hinlege. Er gestattete nicht, daß sich jemand in seinem Spital umbringe. Ruth, die gewohnt war, die Befehle der Ärzte zu befolgen, ließ sich fortführen, und Bunny übernahm mit Rachel die Wache.

Die Nacht sank niedrig. Der Bewohner des gegenüberliegenden Zimmers kam herein, ob zu Abend, lebte jedoch gemütlich in Hemdsärmeln aus Zersetzer, die Paste im Mund; er saß in einem tiefen Lehnsessel neben dem Radioapparat und schaute sich an, den Arbeiter zu erjorieren. Auf diese Art erfuhr Bunny und Ruth von den Wahlen, ohne ihren Posten verlassen zu müssen. Die Fünfzig-Millionen-Dollarkampagne hatte gute Arbeit geleistet: überall hörte man, daß die Wähler mehr Stimmen für den starken, schweigenden Staatsmann abgegeben hatten als für alle übrigen Kandidaten. Und da dieses Ergebnis sowohl den Radiounternehmern als auch den großen Zeitungen, den Kirchen und Tempeln und Tabernakeln äußerst erwünscht war, färbi Heiterkeit die Verkündungen, und nochmals man erfahren hörte, daß Maschinen drei zu eins für einen Lieblingssohn gestimmt hatte, vernahm man die Erzählung der „Südostküsten-Jazzungen“, daß sie „ein glühendes kleines Mädchen in einer Hindernisstadt“ haben, der aber der Chilago-Komet färbte: „Mein Schatz kommt um zwei vor zwei.“ Eine heitere Atmosphäre zum Sterben; unglaublicherweise hörte Paul nichts davon. (Fortsetzung folgt.)

Die Galeere

Ein Straflingstransport nach den Teufelsinseln

Eine kleine französische Hafenstadt. Eigentlich ist nichts besonderes an ihr, die Straßen sind eng und windig, die Leute zuff und verschlossen. Einsam liegt der Hafen, nur ein paar Fischerboote schwanken gelangweilt auf dem trüben Wasser.

Heute ist Leben in der kleinen Hafenstadt. Viele Menschen sind gekommen, von weit her und aus der nächsten Umgebung. Viele Menschen bringen Freude und Fröhlichkeit — so heißt es man. Hier ist es anders. Heute allein liegt ein dunkler Schatten, keiner wagt laut zu sprechen, und wenn doch ab und zu irgendwo ein lautes Wort aufflucht, so lehnen sich die Leute vorsichtig an.

Im Hafen liegt ein neues Schiff. Die Fischerlöhne sind weit von dem kleinen Dampfer abgerückt. Das graue Schiff liegt ganz allein, stark und drohend. „Goliath“ steht in dunklem Buchstab an dem Heck.

Nun wissen wir es. Das ist der Dampfer, der die französischen deportierten zu den Teufelsinseln bringt. Das ist das Geiselschiff, das die Menschen in die Hölle führt. Keiner kommt von dort wieder. Wenn auch die Strafe nicht auf Leben dauer lautet — keiner hört die Hölle dort aus. Das Gumpflehet holt sich Opfer, die ihre Faust das Skeletten aus, die Arbeit zerbricht die Knochen. Keiner kommt wieder.

In diesem Jahre sind es 55 Verbrecher, die das graue Schiff bestiegen, um der Welt Gewalt zu zeigen. Sie alle haben schwere Schulden auf sich geladen. Wurf und Raub, Brandstiftung und Toteschlag. Das Leben ist für sie zu Ende. Das Bagno bedeutet den Tod in hundertfacher Gestalt.

In den letzten Tagen haben die Gefangenen Fleisch und sogar etwas Wein bekommen, um sich auf die übermenschlichen Strapazen der Überfahrt vorzubereiten. Um 6 Uhr in der Frühe tönt ein Trommelschlag. Die Menge der Zuschauer steht dichtgedrängt an der Straße zum Hafen. Viele Neugierige, aber auch viele Angehörige, die hier ihr letztes Lebenswohl jagen wollen.

Der Zug läuft. Zu zwei und zwei sind die Verbrecher aneinandergetreten. Jeder trägt ein Bündel über der Schulter. Die schwatzigegeiste Gefangenkleidung sieht wie ein Harlotenanzug aus. Grausame Ironie. Stumm steht die Menge. Alle haben den Hut abgenommen. Nun grüßt.

Auf dem Schiff werden die Gefangenen in elterne Röcke gesperrt. Jeder für sich, wie Raubtiere. Man hat Angst, daß die Dampfverzweifelten Menschen sich auf die Bekleidung stürzen könnten. Sicherungen sind getroffen worden, schlimmer, als es sich die grausige Phantasie ausmalen kann. Auf ein Signal, wenn Gefahr droht, werden die Gitterstäbe mit Elektroschock gefüllt, so daß jedes Verbrechen den Tod bringt. Man grifft an dieser Nothandlung, da es wiederholte vorgekommen war, daß die Gefangenen mit einer geschmiedeten Stahlstange die Gitterstäbe durchschlugen, nachdem sie sich vorher durch geheime Klappzeichen miteinander verständigt hatten.

Nach ein anderem Zwangsmittel gegen Reuterer hat man auf Hand. Auf einem Hebeleinsatz kann man die Ringe unter heißen Dampf sehen! Man verdeckt die Menschen, die der Gefangenenschaft entfliehen wollen. Keiner findet den Weg zurück.

Die Belohnung der „Goliath“ besteht aus Soldaten, die durch ihre Überfülligkeit bekannt sind. Doch man verachtet sie. Sie hat man einen dieser Gefangenenträger laden lassen. Auch sie fühlen sich gefangen. Sie führen die Menschen in die Hölle.

Eine schrille Sirene. Die Tiere läuten sich. Die „Goliath“ schiebt sich langsam aus dem Hafen. Hundertfünfzig Menschen fahren in die Hölle. Die zurückbleibenden sehen ihnen stumm nach. Ein letztes Winken — der Zug ist grau und traurig.

Bilder aus Deutschland

Schlesischer Bilderbogen

Tillendorf, jenseits des Oder, ist ein langgestrecktes Arbeitendorf mit sozialistischer Verwaltung. Der Gemeindeworther ist ein Maurer. Unser Wagen kommt durch die großen Wälder, die nun beginnen und von der polnischen bis an die sächsische Grenze reichen. Ritten in den Wäldern liegen Wehranlagen. Der Ort und der ganze Wald ringsum gehören dem Fürsten Solms-Brauch. In dieses Dorfschloß und in diese Wälder kam vor dem Kriege in jedem Jahre der ehemalige Kaiser. Vor seiner Ankunft wurde von den Dorfleuten und Familien der Empfang geprägt, die sturmische Begeisterung geübt, die Liebe zum angestammten Herrschaftshaus eingesetzt. Mitteldorf und die Dörfer ringsum sind vom Fürsten abhängig. Von gehören der Wald, das düstere, die Glashütten, das Eisenhütten, das Elektrostaatwerk. Der Sozialismus sollte erst 1919 hier Fuß. Heute gehören die Dörfer in diesem Gebiete fast alle zu den Stützpunkten der Sozialdemokratie. Viele Gemeinden haben sozialistische Mehrheiten.

Das Bandgebiet wird von großen Tonwerken beherrscht. Die Töpferei dominiert in manchen Dörfern, aber alle Dörfer, die wir durchfahren, sind abhängig von dem großen Werk in Siegersdorf. Die Brocken kommen stundenweise hierher zur Arbeit. Die Landschaft ist heilig, aber schon hier zeigt sich, was auf der Zukunft des Oderzuges so grausam klar wird; daß gerade die schönste Landschaft mit der stiefen Armee verkrümpt ist. Da ist die kleine Stadt Raumberg, das Zentrum der Töpferei und der sozialistischen Kultivierung einiger Dörfer. Die Töpfer sind von dem Großbetrieb aufgerissen. Die Töpfer der Töpferei wandern in die Töpfereien ab, in die Ziegelerne, in die Steinbrüche, in die Steinbrüche. Es ist kein Leben und kein Sterben in dieser Stadt. Das Werk wird von den Handarbeiten der Strohgruppen geholt, es gibt keine Kanalisation, keinen Ausfluss; die Leute vegetieren nur. Wir fahren aus dem furchtigen Werkstatt in die Wohnung des Doctors hinein, in die Werkstatt und Dörfer der Töpferei, berühren die alte Stadt Lautzen, sehen bald die schönen Fabrikräume der Bandeskette auftragen, die blauen Höhen des Berggebirges und fahren spät abends in Oderberg ein. Wir schließen durch die historischen Gassen der Altstadt, gehen durch eine „Gerrathergasse“, summeln durch den lebhaften Bereich eines Jahrmarktes, stehen vor alten Türen und dem prächtigen Rathaus, wandern durch den herrlichen Stadtpark an der Oder, bewundern alte Brunnen und besuchen am nächsten Morgen unsere Freunde im neuen Volkshaus. Oderberg war im Mittelalter Zentrum der Tuchmacherei. Im Jahre 1538 gab es hier 200 Tuchmacher, im Jahre 1700 sogar 800 Tuchmachermeister und 400 Gesellen. Krieg und Pest haben die alte Stadt von der polnischen Seite herabgestutzt. Im Jahre 1818 hatte Oderberg nur noch 198 Einwohner. Heute kreist es direkt die Grenze einer Großstadt, Tuch und Leinwand sind gestürzt. Metall herreicht heute in Oderberg. Die Arbeiterschwung ist hier nie vermügt. Von Oderberg ist es nicht mehr weit nach Cottbus, dem Zentrum der Glasindustrie.

Wir fahren nach Marienberg am Fuße des Berggebirges und finden eine kleine Stadt, die noch viel grüniger steht als Ronburg. Marienberg wird vom Bergbau geprägt. Ein Konzern beschäftigt rund 1000 Arbeiter. Die Fabriken arbeiten nur vier Tage in der Woche. In diesen vier Tagen verdienen die Bergarbeiter 16 bis 17 R. Davor kann kein Mensch leben, auch im Bergbau nicht, nicht, wo er stattfindet, will verjuden, es zu erklären. Wie geht es Paul?

im Berggebirge nicht, und so wird die Frau in die Hölle eingespannt. Die Stadt hat 2400 Einwohner, und auf den Straßen der Bevölkerung kommen rund 100 R. Schulden. Die Dorfer ringt umweben sich gegen jede Einigung. Marienberg ist erstaunlich arm und elend. Das Straßenplaster ist vollkommen mittlerläufig; die Wohnungsräume sind entsetzlich. Wir finden hier Wohnhäuser, aus denen selbst die Landstreicher fliehen würden. Im Dorfeschoß eines alten Hauses wohnt eine 69 Jahre alte Frau mit ihrem verheirateten Sohn und seinen Kindern zusammen. In dem einen Raum wohnen, schlafen und leben fünf Menschen. Keiner Kinder hat man in Marienberg in einem Hause untergebracht. Das Bett des Eheleute — der Mann hat Glück, das heißt: er arbeitet jedes Tag — steht in einer Mansarde, deren Decke das Bildnis des Daches ist. Auf einem kleinen Kanonenofen wird Essen gekocht. Es gibt Bratkartoffeln. Jeden Tag gibt es hier Kartoffeln, das Armeleutestück.

Eine andere Wohnung zeigt den Verfall noch viel deutlicher. In der schmalen Kammer verkrümmt man mit starken Pfählen das nackte Dach zu stützen. Vergleichlich. Jeder Regenschauer sprüht in den armen Raum. Auch die Stube ist gepföhlt. Die Decke knickt sich und kann jeden Tag herunterbrechen. Alle diese Stuben und Kammer sind feucht und verzimmert und bieten den besten Rückgründen für die Verunreinigung der Textilarbeiter, die Schwundnacht. Die Stadt ist verschuldet und kann nicht bauen. Die Handarbeiter sind meist arme Teufel und können erst recht keine Reparaturen ausführen lassen. Die besten Geschäfte in der Stadt mögen neben den Tiefbauen der — Pferdeschlucker. Natürlich gibt es hier ein großes Siechenhaus. Die Proleten sind hier sehr arm, daß sie die Großen für die Gewerkschaft oder Partei nur sehr mühselig aufspringen können. Nur 35 Prozent der Textilarbeiter sind in der Gewerkschaft. In Gemeindebürgern für die Wohlfahrtspflege wurden im vergangenen Jahr rund 7000 R. ausgeworfen und knapp 25000 R. für die Schulen. Das sind rund 10 Prozent des ganzen Budgets, also mehr, als die reiche Stadt Cottbus für ihre Schulen ausgibt...

Deutschland muß neu entdeckt werden. Wir wissen Bescheid über die Lage in China und sind über die sozialen Verhältnisse in Chile informiert. Die Korrespondenten der großen Zeitungen fahren um die ganze Welt und berichten mit hinzendem Ernst über die Spezialität in Singapore und San Francisco. Sie berichten die Not und die Ausbeutung der Arbeit in der indischen Textilindustrie und brauchen doch nur soziale Gedichte zu reisen, um ihre humanen oder moralischen Feindseligkeiten zu entwirken. Vielleicht reisen sie auch ins schlesische Gebirge, aber da besuchen sie nur die Wälder... Auch wir fahren durch das ländliche Berggebirge und kreuzen durch Dörfer, die fast alle noch zu Gussbezirken gehören. Wir haben die ersten Bungen, die Korpussen alter Rastelle und Rauhreiterschlösser, versteckt an den großen Talfurten, die das wilde Wasser der nahen Berge in geprägten Ziegeln und seine wührende Gewalt in Elektrizität umformen. Jeden jenseits des Wasser die alte Reichenburg, in der sich eine Jugendherberge eingeschaut hat, und in die auch die „Arbeiterwohnsiedlung“ in jedem Jahr einen Teil ihrer Kinder schickt. Wir fahren weiter über die Berge und in die Berge und fahren auch in das Bodenberge, in die dunkle, finstere, düstere Welt schwärmer Wälder, in die Einsamkeit füller Wege, in

Herm. Mühlberg**Für den Ferienaufenthalt**

Hängematten in Mantl. u. gedreht. Kord., v.	3 75	Rucksäcke in nur bewährte Qualitäten, v.	1 75
Hängematten mit Stab, in 1a Qualitäten, v.	8 50	Haferlsöcken in farbschönen Mustern, von	1 75

Aluminium-Artikel, Feldflaschen in großer Auswahl!

Wallstr. Webergasse, Scheffelstr.
Dresden**Wichtig für
Auswanderer nach Amerika!**

Solange die amerikanischen Konsulate in Deutschland

**Anträge auf Erteilung des Sichtvermerks
zur Einwanderung in die Vereinigten Staaten**

nicht wieder unmittelbar entgegennehmen, sind wir und unsere Vertretungen bereit, Vormerkungen zu sammeln und sachgemäße Beratung über Konsulats- und Visumsangelegenheiten zu erteilen.

**HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG**

Gegründet 1847

vertreten durch:
Reisebüro der Hamburg-Amerika Linie,
Dresden, Waisenhausstraße 17, Ecke Prager Str., und
Adolph Hessel, An der Kreuzkirche 1. (me)

Im Frauental
rufen Sie bitte
Nr. 14361
an und wir sen-
den Ihnen bereit-
willigste eine Auswahl
Hauerhütte
Haus der Hütte
Dresden-A., Schloßstraße 6

**URANIA**12 Monatshefte
und 4 wertvolle Bücher
vierteljährlich nur 1.00,-
mit geb. Buch 2.25 M.
Probeheft u. Prospekte

zu bestellen durch:

Volksbuchhandlung

Westküste

Postkartenbilder

zu Gillmertal, Brot-
graben Richard Jahnig,
Karlstraße 12 (Gond
Weigel & Seebi.) 1930

Bernhard Shaw:

Galbel Throns

Beruf

Der große Oper-

Roman des englischen

Sozialist. Dichter

Statt 4.50 nur 2.45

Volksbuchhandlung

Reiterverlag Treffhorn

Cannen-dorf Nr. 11

bei Schönfeld

nimmt Bestellungen auf

die Dresden Volksart.

und Inseraten-Aufträge

jederzeit entgegen.

MONOPOLIN

und

BENZIN

zu billigsten Tagespreisen jetzt auch von der

EUCO-ZAPFSTELLE

Albertplatz

Everth & Co., G. m. b. H., Dresden - A. 29.

Hamburger Straße 44

Fernruf: 17177, 17151, 17018

**Unreines
Gesicht**

Büffel. Wetterfeste werden
in einigen Tagen durch
das Feintücherdruckungs-
mittel Benus (Zürich A.)
unter Garantie
verfeilt.
Sie erhalten einen losenwechselnden Teint.
Nur im Herbst bei:
Drogerie zum Weinfest, 1. Etage, 21.
Röben, Prosa, 2. Etage, 1. Etage, 21.
Sachsenhaus-Drogerie, 2. Etage, Sachsenallee 10.
Drogerie zum Schulzen, 2. Etage, Augustusstraße 9.
Drogerie G. Rulke, Löbtau, Bernhardoer Straße 26.
Drogerie G. Stephan, Leidnig, Steinenbach 6.
Freytag: Drogerie Martin Uhlemann,
Unter-Dresden Straße 120.

Gruna-Seidenst

Stoffwaren aus der Dresdner Volkszeitung, am
fünftägige Parfümerie, Blätter sowie Aus-
sera für die Volkszeitung nimmt sie
am Händel. Volkszeitung, Dresden, Seidenst
Görlitzer Straße 32.

**+ Kluge
Frauen +**

Futter, Spülgeräte, Spül-

zum, Leibbinden, Futter-

binden u. and. hygienische

Frauenartikel. Jähr. verein-

igt u. erhalten daskal-

Waffel und Rat. 100

Futter und Rat. 100